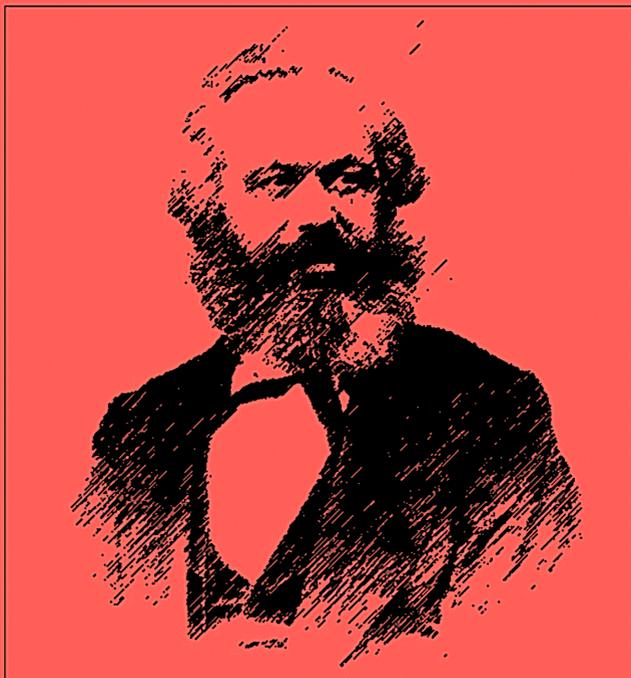


DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 38



HORST RICHTER

*Die Politische Ökonomie des
Sozialismus –
eine Fehlleistung der
Marxistischen Wirtschaftstheorie?*

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 38

Die Politische Ökonomie
des Sozialismus –
eine Fehlleistung der
Marxistischen Wirtschaftstheorie?

Horst Richter

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2012

ISBN 978-3-89819-592-4

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2012
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9608531 · Fax (0341) 2125877
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Redaktion & Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort (<i>Dieter Janke</i>)	5
<i>Horst Richter</i> : Die Politische Ökonomie des Sozialismus – eine Fehlleistung der Marxistischen Wirtschaftstheorie?	9
Vivat Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Richter (<i>Klaus Kinner / Manfred Neuhaus</i>)	45
Biographisches	49
Publikationen (Auswahl)	51

Vorwort

Die Implosion des osteuropäischen Gesellschaftsmodells sowjetischer Prägung 1989/90 war zweifelsohne die folgendschwerste Zäsur in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Für die Geisteswissenschaften der betroffenen Länder kam sie einem Schock gleich. Nicht nur ihr Legitimitätsgegenstand wie auch ihre wichtigste Projektionsfläche verschwanden relativ geräuscharm und quasi über Nacht. Im »marxistisch-leninistischen« Geschichtsverständnis der selbsternannten »Sieger der Geschichte« war darüber hinaus ein derartiges Szenario überhaupt nicht vorgesehen gewesen! Das reale Leben hatte dessen oberflächlich nihilistischen Geschichtsoptimismus binnen kürzester Zeit ad absurdum geführt.

»In der Praxis muss der Mensch die Wahrheit, das heißt die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen.«¹ Nimmt man jene Marx'sche These aus der Polemik mit Ludwig Feuerbach von 1845 zum Maßstab der Bewertung der betroffenen Geisteswissenschaften, so haben sie letztlich versagt – ihr Inhalte und Denkstrukturen haben sich mehr und mehr vom realen Leben entfernt und den Test auf ihre »Diesseitigkeit« nicht bestanden. Sie sind an der gesellschaftlichen Praxis zerschellt. Das demutvolle Schweigen der übergroßen Mehrzahl ihrer Repräsentanten in den frühen 1990er Jahren könnte man als Eingeständnis einer solchen Ineffizienz werten. Im Osten Deutschlands ließ man ihnen freilich auch keine Zeit zur Besinnung und Neuorientierung. Hier wurden geisteswissenschaftliche Einrichtungen in fachlicher wie auch juristisch fragwürdiger Form quasi flächendeckend abgewickelt.

Eine bar politischer Motive sowie sachlichen und wissenschaftlichen Grundsätzen folgenden Diskussion und Bewertung dessen, was bis 1990 an ostdeutschen Akademieinstituten und Hochschuleinrichtungen in der Geschichtswissenschaft, der Philosophie oder auch der ökonomischen Theorie geleistet oder eben auch nicht geleistet wurde, hat es bis heute schwer. So berechtigt der Verweis auf die letztlich nicht mehr gegebene

1 Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: MEW, Bd. 5. S. 535.

Praxistauglichkeit der betreffenden Disziplinen auch ist, für eine tiefergehende, auch nach den vorhandenen – oder eben auch nicht vorhandenen – Spielräumen sowie deren Hintergründen fragende Betrachtung reicht eine Sicht lediglich vom Ende her freilich nicht aus. Und: So schwer es den Betroffenen auch fallen mag, einer solchen Sachdebatte dürfen sich auch die einstigen Protagonisten nicht verweigern, wollen sie nicht jenen geschichtslosen Zeitgenossen das Feld überlassen, die die Geisteswissenschaften an den Wissenschaftseinrichtungen der DDR per se jedweden eigenständigen Wert als Wissenschaftsdisziplinen absprechen.

Am Beispiel der Wirtschaftswissenschaften, namentlich ihrer seinerzeitigen Kerndisziplin der Politischen Ökonomie des Sozialismus, lassen sich sowohl die Spielräume wie auch deren Grenzen vermutlich besonders klar herausarbeiten. Schließlich war ihnen offiziell als vornehmste Aufgabe zugewiesen worden, den wissenschaftlichen Hintergrund für die Wirtschaftspolitik der Partei- und Staatsführung zu liefern. Tatsächlich jedoch wurde die Lehr- und Forschungsarbeit der betreffenden Wissenschaftler und Hochschullehrer indes im Laufe der Jahre mehr und mehr lediglich daran gemessen, wie sie die vom zuständigen ZK-Sekretär Günter Mittag verkündeten Richtlinien interpretieren und umzusetzen vermochten. In den 1980 Jahren nahm dies bisweilen skurrile Züge an, so z. B. beim Umgang mit statistischem Material.

Günter Krause kommt das Verdienst zu, bereits relativ frühzeitig eine erste Gesamtbetrachtung zur Wirtschaftstheorie in der DDR vorgelegt zu haben.² Jüngst hat er gemeinsam mit Christa Luft und Klaus Steinitz einen kritisch-selbstkritischen Sammelband zum Thema mit betont aktuellem Bezug herausgegeben.³ Mit Harry Nick hat sich inzwischen auch einer der renommiertesten Politökonomien der DDR mit einer sicherlich kritisch zu hinterfragenden Replik auf sein wissenschaftliches Tun und Lassen zu Wort gemeldet.⁴

Mit dem in diesem Band veröffentlichten Text reiht sich nunmehr auch Horst Richter als einer der einflussreichsten Politökonomien der DDR in den 1970er und 1980er Jahren in die Debatte ein. Er selbst sieht sich als in der zweiten Reihe seiner Fachdisziplin stehend. Bezogen auf seine Rolle

2 Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*. Marburg 1998.

3 Günter Krause / Christa Luft / Klaus Steinitz (Hrsg.): *Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands. Erfahrungen – Defizite – Herausforderungen*. Berlin 2012.

4 Harry Nick: *Ökonomiedebatten in der DDR*. Schkeuditz 2011.

im Rahmen des akademischen Lehrbetriebes – er war Direktor des Leipziger Franz-Mehring-Institutes, das für die Weiterbildung der Lehrer für Marxismus-Leninismus in der DDR zuständig war, und verantwortlicher Herausgeber der offiziellen politökonomischen Lehrbuches für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium an den Hochschulen der DDR⁵ – sowie auch auf sein engeres Wirkungsfeld, die Karl-Marx-Universität in Leipzig, war Horst Richter gleichwohl, muss man ergänzend hinzufügen, eine Autorität ersten Ranges. Anlässlich seines 80. Geburtstages hat er Rückschau auf sein wissenschaftliches Wirken als Politökonom gehalten und versucht, Bleibendes wie auch Defizite herauszuarbeiten. Es liegt in der Natur der Sache, wenn er dabei Probleme des Eigentums, der Warenproduktion und der Rolle des Marktes im Sozialismus in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt. Schließlich waren dies Kernfragen der betreffenden Theorie, deren Tabuisierung letztlich zerstörerische Folge zeitigen musste. Geradezu bezeichnend für die eng begrenzten Spielräume ist es, wenn hier nicht zuletzt in Folge der Behrens-Benary-Debatte vom Ende der 1950er Jahre und der Stigmatisierung ihrer Initiatoren als »Revisionisten« keine unvoreingenommene Debatte mehr möglich war.

Horst Richter stellt seine heutigen Überlegungen zu Diskussion. Ergänzt werden sie durch ein Grußwort zweier politischer und beruflicher Weggefährten, Klaus Kinner und Manfred Neuhaus, sowie biographische Eckdaten und eine Auswahlbiographie, die einen Einblick in die Vita des Jubilars vermitteln soll.

Dieter Janke

5 Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus : Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium. Berlin 1974.

HORST RICHTER

Die Politische Ökonomie des Sozialismus – eine Fehlleistung der Marxistischen Wirtschaftstheorie?¹

Als ich den Vorschlag für diesen Titel unterbreitete, war mir nicht bewusst, welche Bürde ich mir auferlegt hatte. Erst bei der Vorbereitung auf dieses Thema ist mir klar geworden, vor welcher Aufgabe ich stehe. Geht es doch um ein Thema, das sehr komplex und widersprüchlich ist und viele bewegt. War doch das Studium der Politischen Ökonomie Pflichtfach an den Universitäten und Hochschulen der DDR.

Politökonomische Erkenntnisse waren gleichsam theoretische Grundlage der Wirtschaftspolitik.

In meinem Berufsleben habe ich mich viele Jahre mit der Politischen Ökonomie beschäftigt. Sie ist der Kern im Verbund der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Mein besonderes Interesse galt der ökonomischen Theorie der sozialistischen Wirtschaftsordnung. In Lehre und Forschung legte ich mein Augenmerk sowohl auf Grundsatzfragen der Theorie als auch auf Details der Wirtschaftspraxis. Im Gleichklang mit dem Studium der Theorie war ich bemüht, die Maxime von Gottfried Wilhelm Leibniz »Theoria cum praxi« zur Richtschnur meiner wissenschaftlichen Arbeit zu machen.

Nicht alles, was mit diesem Thema im Zusammenhang steht, zum Beispiel die Reproduktion der Volkswirtschaft, Wirtschaftswachstum und Nationaleinkommenserwirtschaftung, kann in einem Vortrag behandelt werden. Es werden deshalb nur zwei Fragen aufgegriffen, die für das Gesamtthema bedeutsam sind: Es sind dies Fragen des Eigentums und der Warenproduktion sowie des Marktes im Sozialismus.

Vorsichtshalber wurde hinter dem Titel ein Fragezeichen gesetzt; philologisch bedeutet das, dass die Fragestellung – Fehlleistung – offen ist. Sie ist nicht eindeutig weder mit Ja noch mit Nein zu beantworten.

1 Vortrag, gehalten am 20. Februar 2012, in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. in Leipzig

In dem Diskurs darüber, der von Ökonomen aus der DDR-Zeit geführt wird, gibt es unterschiedliche, ja diametral entgegen gesetzte Positionen.

Streit über Erkenntnisgewinn

Günter Krause, ehemals Professor für Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen und –theorien an der Humboldt-Universität zu Berlin, schreibt in seinem 1998 erschienenen Buch »Wirtschaftstheorien in der DDR« im Schlussabschnitt: »Insgesamt gibt es keine positive Bilanz.« Nach Günter Krause sei der Schaden, den die ökonomische Theorie angerichtet habe, größer als ihr Nutzen. Die Bilanz ist also negativ.² Es bleibe nichts Bedenkenswertes, der Erkenntniszuwachs für die ökonomische Theorie sei gleich Null. Auch DDR-Philosophen – so Alfred Kosing – teilen diese Auffassung.

Harry Nick – seit jeher ein kreativer streitbarer Ökonom – ursprünglich Professor für Politische Ökonomie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, wendet sich in seiner soeben erschienenen Schrift »Ökonomiedebatten in der DDR« gegen den Standpunkt, dass die ökonomische Theorie des Sozialismus »rein gar nichts« geleistet habe. Wäre es tatsächlich so – so Harry Nick – würde er alle seine akademischen Grade und Titel ablegen.⁵ Der Niedergang der Wirtschaft in den ehemals sozialistischen Ländern, die Unterlegenheit im Wettstreit mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung scheint zunächst das Fazit der Analyse von Günter Krause sowie die unzähligen Aussagen in westlichen Medien über die Fruchtlosigkeit sozialistischer Wirtschaftstheorien zu stützen.

Doch woran ist ein nützlicher Beitrag zur Wirtschaftstheorie zu messen? Was für ein Maßstab ist anzulegen? Erfasst er das Wesentliche in der Erscheinungswelt in der Wirtschaft? Ist eine vollkommen neue Theorie entstanden, wie seinerzeit als Reaktion auf die objektive Werttheorie von Marx die in den 1870er Jahren von Menger, Jevons und Walras von einander unabhängig entwickelte subjektive Werklehre, die Grenznutzentheorie? Oder sind neue Antworten auf Einzelfragen der ökonomischen

2 Vgl.: Günter Krause: Wirtschaftstheorien in der DDR. Marburg 1998. S. 270.

3 Harry Nick: Ökonomiedebatten in der DDR. Schkeuditz 2011. S. 109.

Theorie gegeben worden, wie zum Beispiel die exaktere Bestimmung des Wirtschaftswachstums, des gesellschaftlichen Produkts oder die genauere Messung der Arbeitsproduktivität? Auch für die Beurteilung von wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen und Theorien gilt: Der Standpunkt bestimmt den Blick.

Selbst Fehlleistungen können Nützliches enthalten. In Naturwissenschaften ist es gang und gäbe, dass aus Fehlversuchen nützliche Schlüsse gezogen werden, Es gibt »geniale Irrtümer«. Es sei nur an die Alchemie erinnert. Sie erhoffte, durch vielfältige Experimente Gold herzustellen und fand dabei das Porzellan.

Soll wirklich, trotz des Scheiterns der sozialistischen Wirtschaftsordnung, nichts »Bemerkenswertes« oder »Positives« erhalten geblieben sein?

Für den ehemaligen Außenminister der Bundesrepublik, Hans Dietrich Genscher, sind es Briefmarken der DDR, die wegen ihres sinnvollen Aufdrucks zumindest für die Sammler erhalten geblieben sind.

Bildet auf die Frage, was bleibt, die Wirtschaft, als tragendes Fundament der gesamten Gesellschaft, die Theorie über die Wirtschaft, im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie der Literatur, Kunst und Kultur, des Bildungswesen, des Sports u. a. die rühmliche Ausnahme? Zu DDR-Zeiten sind auf diesen Gebieten Leistungen hervorgebracht worden, die heute noch gegenwärtig sind und noch lange Bestand haben werden.

In der Literatur sind es die Bücher von Arnold Zweig, Anna Seghers, Christa Wolf, Erwin Strittmatter, Volker Braun und v. a. In der bildenden Kunst sind es die Gemälde von Werner Tübke, Bernhard Heisig, Willi Sitte, Wolfgang Mattheuer, Walter Womacka u. a. Im Sport sind es die Leistungen von Kristin Otto, Täve Schur, Helmut Recknagel, Heike Drechsler, Erika Zuhold und v. a.

Die Namensliste und die Aufzählung der Leistungen ließe sich fortsetzen. Und für die Wirtschaft, in der die große Mehrheit der arbeitsfähigen Bevölkerung tätig war, hier ihr Lohn und Brot erwarb, soll dieser Leistungsanspruch keine Gültigkeit haben?

Als DDR-Ökonom, der – wie fast alle Hochschullehrer in dieser Zunft – in der 2. Reihe stand, oder noch weiter hinten, die erste Reihe war von Ökonomen der Parteiinstitute besetzt, sie saßen auch auf den Sesseln der Vorsitzenden der wissenschaftlichen Räte und Redaktionen der Fachzeitschriften, sie wurden auch regelmäßig mit Orden und Preisen dekoriert,

liegt es mir fern, die von der DDR-Wirtschaft erbrachten Leistungen zu beschönigen noch die Fehlleistungen apologetisch zu rechtfertigen. Im Gegenteil. Wir haben allen Grund, einerseits ohne Skrupel auf Erreichtes zurückzublicken, andererseits befinden wir uns in der Pflicht, die Fehlleistungen zu ermitteln, sie zu analysieren und die Frage zu stellen, warum sie entstanden sind. Alle Scheuklappen gilt es dabei abzulegen, Unangenehmes gilt es auszusprechen und, wenn erforderlich, eigene Standpunkte zu korrigieren.

Ungünstige Startbedingungen

In der DDR hat immerhin vier Jahrzehnte eine Wirtschaftsordnung existiert, die im wahrsten Sinne des Wortes aus Ruinen auferstanden ist. Sie ist aus eigener Kraft, durch den Fleiß von Millionen Menschen geschaffen worden. Ohne Hilfe von außen, im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland, die aus dem Wiederaufbaufonds des Marshallplans erhebliche finanzielle Unterstützung erhielt.

Da die Militärregierungen der Westmächte es verweigerten, die ursprünglich vereinbarten Reparationen aus den Westzonen an die Sowjetunion zu leisten, lag fast 10 Jahre die Gesamtlast der Reparationen auf der Wirtschaft von Ostdeutschland. Das waren 99,1 Mrd. D-Mark (zu Preisen von 1955). Die Reparationen bestanden aus Erzeugnissen und Leistungen, die direkt aus der Wirtschaft entnommen wurden und dem dringenden Eigenbedarf verloren gingen. So wurden zum Beispiel in der Metallurgie bis 1948 etwa 85 Prozent der Produktionsanlagen abgebaut, so dass nach deren Demontage von diesem Wirtschaftszweig fast nichts mehr übrig blieb.

Parallel dazu wurde durch eine rigide Embargopolitik der Westmächte der Wiederaufbau der Wirtschaft in den Ländern, die zum Einflussbereich der Sowjetunion gehörten, ernsthaft behindert.

Gerhard Beil, ehemaliger Minister für Außenhandel in der DDR, drei Jahrzehnte an exponierter Stelle im Außenhandel tätig, vermittelt darüber in seinem Buch »Außenhandel und Politik« ein anschauliches Bild.⁴

⁴ Vgl.: Gerhard Beil: Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich. Berlin 2010.

Bereits am 1. Januar 1950 wurde auf Initiative der USA unter Beteiligung aller NATO-Staaten, außer Irland, ein Koordinierungsausschuss gegründet, der die Ausfuhr von Erzeugnissen in die Sowjetunion und ihrer Verbündeten kontrollierte. Es wurde die berühmt berüchtigte Co-Com-Liste aufgestellt, deren Absicht es war, die RGW-Länder, vor allem die Sowjetunion und die DDR, vom Welthandel zu isolieren. Bis zum Ende der sozialistischen Wirtschaftsordnung wurde diese Embargopolitik befolgt.⁵

Für die gerade gegründete DDR wurden die Folgen dieser Restriktion bald spürbar.

Ein erst im Oktober 1949 beschlossenes Abkommen zwischen der DDR und der BRD, das neue Voraussetzungen geschaffen hatte, für einen normalen innerdeutschen Handel, wurde schon Monate später durch ein vom Bonner Bundeswirtschaftsministerium beschlossenes Stahlembargo unterlaufen. Vereinbarte westdeutsche Lieferungen von Roheisen und Walzstahlerzeugnissen an die DDR wurden von Januar bis Juni 1950 drastisch gesenkt, d. h. sie gingen um 85,4 bzw. 80 Prozent zurück. Im Jahr 1950 wurden nicht einmal 10 Prozent des Handelsumfangs erreicht, den es vor dem zweiten Weltkrieg zwischen diesen Gebieten gab.

Werner Bahmann, er gehörte zu den Spitzenkräften des Maschinenbaus der DDR, er war viele Jahre Chefkonstrukteur der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn, schildert in seinem Buch »Gewonnen und doch verloren«⁶, dass auf Grund der Co-Com-Liste, nach der es strikt verboten war, elektronische Steuerungen in die DDR zu liefern, der DDR-Maschinenbau gezwungen war, hochproduktive Werkzeugmaschinen faktisch »nackt«, d. h. ohne die erforderlichen Steuerungsanlagen in die westlichen Länder zu liefern. Eine erhebliche Schmälerung des Devisenerlöses war damit verbunden.

Die gegenüber den RGW-Ländern verfolgte Politik der Abschottung vom Weltmarkt, vor allem das Verbot, elektronische Erzeugnisse und Anlagen mit modernen Steuerungssystemen auszuführen, war ein wirksames Mittel, das der DDR-Wirtschaft nicht nur in der Aufbauphase erheblichen Schaden zufügte.

Durch den Wegfall von Oberschlesien fehlte der DDR vor allem die Rohstoffbasis – im Osten Deutschlands verblieben nur 3 Prozent der

5 Ebenda. S. 20.

6 Vgl.: Werner Bahmann: Gewonnen und doch verloren. Erinnerungen eines DDR-Chefkonstruktors. Berlin 2008.

Steinkohle, über 0,9 Prozent Kokerei-Koks, 1,6 Prozent Roheisen und 7,6 Prozent des deutschen Rohstahls. Die inneren und äußeren Startbedingungen für den Wiederaufbau und die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung in der DDR waren somit im Osten Deutschlands äußerst ungünstig.

Das Modell für die Wirtschaft der DDR

Während in den westlichen Besatzungszonen der Wiederaufbau der Wirtschaft nach einem Modell erfolgte, welches das Privateigentum fortbestehen ließ und Staatseingriffe als »Sozialisierung« bezeichnete, waren in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR die Erfahrungen einer auf gesellschaftlichem Eigentum beruhenden, planmäßig gelenkten Wirtschaft der Leitfaden für die Errichtung einer neuen Wirtschaftsordnung. Theoretisch wurde der Aufbau der sowjetischen Volkswirtschaft durch Aussagen von Marx und Engels über die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln, die planmäßige Organisation der wirtschaftlichen Beziehungen und die Verteilung der für die Bedürfnisbefriedigung erforderlichen Güter nach der Arbeitsleistung gestützt.

Das Vorbild der sowjetischen Wirtschaft bedeutete für den Wiederaufbau der Wirtschaft in der sowjetisch besetzten Zone damals nicht, dass der »russische Weg« strikt zu befolgen sei. Anfang Februar 1946 bestand mit der sowjetischen Führung noch Konsens darüber, dass es einen »deutschen Weg« zum Sozialismus gibt.⁷

Es wurde darüber nachgedacht, einen eigenen Weg zu bahnen, der sich vom »russischen Weg«, von dem Weg unterscheidet, den die Sowjetunion beschritten hat.

Zwei Jahre später geriet dieser Konsens in Vergessenheit. Es galt nunmehr nur der »russische Weg«. In seinem Buch »Interessen und Intrigen; Wer spaltet Deutschland?« schreibt Herbert Graf: »Unter Druck musste die SED sich von der vernünftigen Strategie eines deutschen Weges zum Sozialismus trennen. Sie musste – entgegen besseren Wissens – ein Kernstück ihrer Strategie öffentlich als Fehler, als Abweichung vom rechten Weg selbst kritisieren.«⁸ Mit diesem Diktum war der weitere Weg der

7 Vgl.: Herbert Graf: *Interessen und Intrigen: Wer spaltete Deutschland?* Berlin 2011.

8 Ebenda. S. 212.

DDR besiegelt. Die Wirtschaft im Osten Deutschlands galt es nach dem Modell der Sowjetunion aufzubauen.

Nicht bekannt waren damals die Schwächen und Mängel, die Konstruktionsfehler dieses Wirtschaftsmodells. Sie traten nach außen weniger sichtbar in Erscheinung. Im Gegenteil. Aufgrund der Aufbauerfolge in den 30er Jahren, der ökonomischen Leistungen und Kraft während des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945, schien dieses Modell der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überlegen und der zu befolgende Weg der richtige zu sein.

Schritt für Schritt wurde die neue Wirtschaftsordnung im Osten Deutschlands nach den Grundzügen des sowjetischen Modells aufgebaut. Für die Neugestaltung standen in fast allen Wirtschaftszweigen sowjetische Berater zur Seite. Sie wirkten vor allem beim Aufbau der Volkswirtschaftsplanung mit.

Die Ausrichtung der Produktion wurde grundsätzlich verändert. Es wurde ein vollkommen neues Wirtschaftsziel festgelegt. Es erfolgte eine Umorientierung. Die ökonomischen Beziehungen galt es so zu organisieren, dass mit den Leistungen der Wirtschaft die Existenz aller Gesellschaftsglieder gesichert ist. Dabei ging es nicht nur um die ausreichende materielle Existenzsicherung. Es wurde der Hinweis von Friedrich Engels im »Anti-Dühring« befolgt, eine Existenz für alle zu sichern, die vollständig freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert.⁹

Die neuen Verhältnisse in Produktion, Distribution und Zirkulation galt es so zu gestalten, dass im Zentrum der gesellschaftlichen Produktion nicht mehr die Selbstverwertung des Kapitals steht, sondern die Selbstverwirklichung des Menschen.

Die Politische Ökonomie leitet diese neue Zielorientierung aus einem vermeintlichen ökonomischen Grundgesetz ab, das in der sozialistischen Produktion objektiv wirkte.

Die Befolgung dieser neuen Zielstellung in der Wirtschaft führte zu einer grundlegenden Veränderung des Gesamtsystems der gesellschaftlichen Verhältnisse. Für alle Gesellschaftsglieder wurde Chancengleichheit geschaffen. Das Bildungsprivileg wurde gebrochen. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wurde hergestellt. In den Einkommensverhältnissen wurden Extremwerte ausgeschlossen. Die neuen sozialen Ver-

9 Vgl.: Friedrich Engels: »Anti-Dühring«. In: MEW. Bd. 20. S. 263f.

hältnisse entzogen der Anhäufung von Armut und Reichtum den Boden. Es gab für jeden einen Arbeitsplatz. Arbeitslosigkeit war ein Fremdwort. Keiner war gezwungen zu betteln oder unter Brücken zu schlafen. Es war ein Lebensstandard geschaffen worden, der zwar nicht üppig war, aber alle Menschen mit dem zum Leben notwendigen Gütern und Leistungen versorgte. Um der Wahrheit gerecht zu werden, darf nicht die Tatsache übersehen werden, dass das äußere Bild des vorhandenen Lebensniveaus der DDR nicht gerade attraktiv, nicht sonderlich ansehnlich war. Es dominierte die Farbe grau. Öffentlichen Gebäuden und Wohnhäusern fehlte oft der farbige Anstrich. Die Stadtzentren machten nicht selten einen düsteren Eindruck. Es fehlte ein ökonomisches Hebelwerk (Steuerermäßigung und Fördergelder), dass den Gebäudeverfall verhinderte. Der gastronomische Grundsatz: »Auch die Augen essen mit« war in der Politik sowohl auf zentraler als auch kommunaler Ebene abhanden gekommen.

Ungeachtet dieses Erscheinungsbildes, dass dem Image der DDR abträglich war, war das wichtigste Merkmal der ökonomischen und sozialen Verhältnisse die soziale Sicherheit für alle Mitglieder der Gesellschaft.

Soziale Sicherheit ist ein hohes Gut. Sie ist immateriell. Sie kann nicht gemessen, nicht in Geld ausgedrückt werden. Sie hat sozialen Wert und einen tiefen humanistischen Gehalt. Im Osten Deutschlands weiß vor allem die ältere Generation den Wert der sozialen Sicherheit zu schätzen.

Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gibt es keine soziale Sicherheit. Sie ist nicht typisch für eine marktwirtschaftliche Ordnung, sie passt nicht in ihr Bild. Soziale Sicherheit hat weder Waren- noch Geldform, für sie gibt es keinen Markt.

Marktwirtschaft bedeutet Verbrauch, Produktion materieller Güter und Leistungen für die Konsumtion. Ihr ist wesenseigen, dass sie Hang zum Verbrauch, zum Besitz an Gebrauchsgütern hervorbringt. Je mehr verbraucht wird, umso erfolgreicher ist die Marktwirtschaft. In Bezug auf den Verbrauch gibt es für die Marktwirtschaft keine Grenzen. Soziale Sicherheit ist für die Marktwirtschaft sogar kontraproduktiv. Arbeitsplatzsicherung, berufliche Perspektive, Garantie für Versorgung im Alter würden unter marktwirtschaftlichen Bedingungen der Wirtschaft Druck und Anreiz zur Leistungssteigerung seitens der Beschäftigten entziehen. Das Bangen um den Arbeitsplatz ist ein Stimulus, um die letzten Reserven des Leistungsvermögens auszuschöpfen. Ein Faktor, der Wirtschaftswachstum hervorbringt und gratis zur Verfügung steht.

Die soziale Sicherheit, auf die die Gesamtpolitik der DDR gerichtet war, hatte zugleich eine Reihe Begleiterscheinungen, die sich negativ auswirkten. Entgegen der Annahme, dass soziale Sicherheit sich als stimulierend, als anreizfördernd und leistungssteigernd erweist, war sie nicht selten leistungs- und wachstumshemmend.

Es fehlte der innere Zusammenhang zwischen Leistungsförderung vom Individuum durch die Gesellschaft und Leistungsanspruch an die Gesellschaft.

Soziale Sicherheit galt für jedes Mitglied der Gesellschaft. Ob bedürftig oder nicht, jeder hatte Anspruch auf Sozialleistung. Ihre Verteilung erfolgte nach dem Gleichheitsprinzip, d. h. unabhängig von der erbrachten Arbeitsleistung. Es war quasi eine Verteilung nach Bedürfnissen. Folgen dieses Verteilungsprinzips waren: Fehlende Motivation, mangelnde Eigeninitiative, der Hang, auf Kosten der Gesellschaft zu leben. Es bestand soziale Sicherheit bei fehlendem ökonomischem Zwang. Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski bemerkte hierzu: Drei Prozent Arbeitslosigkeit in der DDR würden mehr Wirkung erzielen als das beste Gesetzbuch für Arbeit.

Schon Marx machte in der »Kritik des Gothaer Programms« darauf aufmerksam, dass in einer Gesellschaft, die aus dem Kapitalismus hervorgeht, es unvermeidlich ist, dass Missstände auftreten, dass die neuen Beziehungen der Menschen noch mit den »Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt« behaftet sind. Diese »Muttermale« waren gepaart mit der sozialen Sicherheit.

Obwohl in der Realität der Missbrauch der von der Gesellschaft gewährleisteten Sozialleistungen unübersehbar war, unterließ es die Politik entsprechend darauf zu reagieren, ihn mit gesetzlichen, ökonomischen und an deren Maßnahmen einzudämmen.

Es wurde nach dem Prinzip gehandelt, es kann nicht sein, was nicht sein darf. Der Preis, den die Gesellschaft für soziale Sicherheit, für Sozialleistungen zu zahlen hatte, war entsprechend hoch.

Soziale Sicherheit in einer Gesellschaft erfordert ein hohes Sozialprodukt und eine umfangreiche soziale Infrastruktur (Bildungseinrichtungen, medizinische Institutionen, Kinderbetreuungsstätten, Kultur- und Sporteinrichtungen usw.). Erforderlich ist eine leistungsfähige, effektive Wirtschaft. Es kann nur das verbraucht werden, was erwirtschaftet wurde. Eine Binsenweisheit. Sozialleistungen und Wirtschaftsleistungen müssen in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen.

Das Stiefkind Gewinn

In der ökonomischen Theorie des Sozialismus und in der auf ihr fußenden Sozialpolitik wurde die Zielfunktion der gesellschaftlichen Produktion, möglichst hohe Sozialleistungen für alle Gesellschaftsglieder zu gewährleisten, im Vergleich zu anderen Wirtschaftszielen überbewertet. Effektives Wirtschaften, der Gewinn und sein Zuwachs als die materielle Grundlage für Sozialleistungen hatten eine zu geringe Wertigkeit, sie waren unterbewertet. Die realen Produktionsverhältnisse waren nicht ausreichend auf Effektivitätszuwachs, auf Gewinnerwirtschaftung orientiert.

Der Gewinn ist Ausdruck für erwirtschafteten Überschuss. Er ist ein Gradmesser für die Leistungskraft einer Volkswirtschaft. Ihm liegt produktive Arbeit zugrunde. Sein Umfang wird bestimmt sowohl durch das Volumen der eingesetzten produktiven Arbeit als auch durch die Wirksamkeit dieser Arbeit, d. h. durch die Arbeitsproduktivität.

Die Arbeitsproduktivität ist die Hauptquelle für die Gewinnerwirtschaftung. Von W.I. Lenin stammt die berühmte Formulierung: «Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung».¹⁰

Der Gewinn ist die wichtigste Quelle für die Akkumulation, für die Erneuerung der Produktion. Er ist schließlich auch die Grundlage für die künftig bessere Bedürfnisbefriedigung der Menschen. Gewinnstreben ist Stimulus – ist Treiber für effektives Wirtschaften.

Gewinnerwirtschaftung ist ein ökonomisches Erfordernis für alle Gesellschaftsformationen. Im Kapitalismus ist der Gewinn, seine Maximierung, das Nonplusultra der Produktion. Der Gewinn (Profit) ist die Drehachse der kapitalistischen Produktion. Wird mit Verlust gewirtschaftet, greift der Staat nur in Ausnahmefällen den verlustbringenden Unternehmen unter die Arme. Pleiten sind die unausweichliche Folge, Arbeitsplätze gehen verloren. Sozialer Abstieg für Viele ist unvermeidlich.

In der sozialistisch organisierten Wirtschaft hatte im Wirtschaftssystem der Gewinn eine andere Stellung und einen anderen Rang. Der Gewinn ist eine Wertkategorie. Er ist Ausdruck und Instrument der Existenz von Ware-Geld-Beziehungen. Im Verhältnis zu den planmäßigen Wirtschaftsbeziehungen, die vielfach in Naturalkennziffern ihren Ausdruck

10 W. I. Lenin: Die große Initiative. In: Werke. Bd. 29. S. 416.

fanden, war der Gewinn von untergeordneter Bedeutung. Der Gewinnbegriff hatte zwei Gesichter: Einerseits war die Erwirtschaftung von Gewinn Existenzbedingung für die sozialistische Gesellschaft, andererseits wurde der Gewinn ideologisiert. Er wurde in die Nähe des Profits gerückt, der die Aneignung unbezahlter Arbeit, die Aneignung von Mehrarbeit beinhaltet. Gewinn und Sozialismus passten nicht so richtig zusammen.

Eine Aufwertung des Gewinns in der ökonomischen Theorie des Sozialismus erfolgte durch einen Artikel des sowjetischen Wirtschaftsprofessors J. L. Liberman im Zentralorgan der KPdSU »Prawda«, der am 9. September 1962 veröffentlicht wurde. Der Artikel trug die Überschrift »Plan, Gewinn und Prämie«. Liberman forderte eine Reformierung der Planwirtschaft, eine stärkere Orientierung auf Gewinnerwirtschaftung und die Bindung der Stimulierungsfonds an den Beitrag zum Zuwachs an Gewinn. Seine Vorschläge fanden unter den Ökonomen sowohl national als auch international große Zustimmung. Doch der Nachhall währte nicht lange. In der ökonomischen Theorie und in der Wirtschaftspraxis blieb der Gewinn weiterhin Stiefkind.

Ich erinnere mich noch gut an eine Arbeit von Klaus Viertel, er war Professor am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften, die den Titel trug »Gewinn im Sozialismus«. Ich habe damals für den Verlag ein Gutachten für die Veröffentlichung geschrieben. Sie sollte im Verlag »Die Wirtschaft« erscheinen. In der Arbeit wurde fundiert und präzise der hohe Rang dargestellt, den der Gewinn, die Erzielung einer hohen Gewinnrate für die sozialistische Gesellschaft hat.

Das Manuskript lag lange Zeit auf Eis.

Für die Herausgabe von wirtschaftswissenschaftlicher Literatur gab es eine spezielle Einrichtung, die zu prüfen hatte, ob die zum Druck vorgesehenen Manuskripte mit der wirtschaftspolitischen Linie übereinstimmen. Die Zensurbehörde wurde von Günter Mittag ins Leben gerufen. An der Arbeit von Klaus Viertel wurde am Titel Anstoß genommen. Gewinn und Sozialismus würden nicht zueinander passen. Schließlich ist die Arbeit dennoch erschienen.

Im Planungssystem der DDR, das Rückgrat der Wirtschaftsorganisation, stand das *Mengenwachstum* im Vordergrund. Es ging um die Vergrößerung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Erfasst wurde es in den Plankennziffern »Bruttoproduktion« und »Industrielle Warenproduktion«. Die Leistungsfähigkeit der Betriebe wurde in der Hauptsache nach

der Erfüllung dieser Kennziffern beurteilt. Von der »Tonnenideologie« war die Rede.

Natürlich wurde auch der Gewinn geplant. Doch die Kennziffer Gewinn hatte bei weitem nicht die Bedeutung, die der Gewinn für eine Volkswirtschaft hat. Im Planungssystem selbst gab es sogar Mechanismen, die der Gewinnerwirtschaftung direkt im Wege standen.

Für jede Volkswirtschaft, ganz gleich wie sie reguliert wird, ob nach dem Plan oder dem Markt, ist für ihr Gleichgewicht ein bestimmtes Verhältnis zwischen Akkumulation und Konsumtion (Verbrauch) erforderlich.

In der marxistischen Reproduktionstheorie gilt für die erweiterte Reproduktion die Formel: $I (v+m) > II c$. Umgewandelt in eine Gleichung gilt: $I (v+m) = II c + ac$. Das heißt, das Wertvolumen der hergestellten Produktionsmittel (Investgüter) muss gleich groß sein den Wertvolumina der verbrauchten Produktionsmittel bei der Verbrauchsgüterherstellung (IIc) plus der Akkumulation (ac).

Durch die Geringschätzung des Gewinns schon im Ansatz des Volkswirtschaftsplans war dieses Gleichgewichtsverhältnis gestört. Es bestand ein Missverhältnis zwischen Akkumulation und Verbrauch. Die für die Akkumulation erforderlichen Mittel wurden zugunsten des Verbrauchs verwendet. Die Akkumulation hielt mit dem notwendigen volkswirtschaftlichen Bedarf nicht mit Schritt. Während der Verbrauch, der Anteil der Konsumtion im Nationaleinkommen, kontinuierlich gestiegen ist, ist der Anteil der Akkumulation entsprechend zurückgegangen. Die Akkumulationsrate sank von 29 Prozent im Jahr 1970 auf 21 Prozent im Jahr 1989. Besonders gravierend war der Rückgang der Rate für produktive Investitionen. Betrug sie 1970 noch 16,1 Prozent, so sank sie im Jahr 1989 auf 9,9 Prozent.

Am Ast, auf dem wir saßen, wurde immer tiefer gesägt. In dem Buch von Tim Jackson »Wohlstand ohne Wachstum« – beste wirtschaftswissenschaftliche Literatur – steht der sinnvolle Satz: »Der Wohlstand von heute ist nichts wert, wenn er die Bedingungen untergräbt, von denen der Wohlstand von Morgen abhängt.«¹¹

Die Realität der sozialistischen Wirtschaftsweise führt zu der Erkenntnis: So wie die Marktwirtschaft bis heute nicht den Beweis erbracht hat, dass Profitstreben, Humanität und soziale Sicherheit – bei allem Gerede

11 Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. München 2011. S. 53.

über eine soziale Marktwirtschaft – miteinander in Einklang zu bringen sind, so blieb die Planwirtschaft den Beweis schuldig, dass soziale Sicherheit zu einem effizienten Wirtschaften führt.

Der Zielkonflikt zwischen Gewährleistung von sozialer Sicherheit und der notwendigen Erhöhung der Effektivität der Wirtschaft nahm immer schärfere Formen an, er führte letztlich zu einer ernsthaften Krise.

Das gesamte Konzept der Einheit von »Wirtschafts- und Sozialpolitik«, das fast zwei Jahrzehnte die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR bestimmte, ging von der Annahme aus, dass soziale Sicherheit zu einer effektiven Wirtschaft führt. Es war eine wohlgemeinte aber irri- ge Annahme.

Es stellt sich die Frage nach dem tieferen ökonomischen Grund dafür, warum es nicht gelang, soziale Sicherheit, eine auf Bedarfsbefriedigung orientierte gesellschaftliche Produktion und Erzielung einer hohen wirtschaftlichen Effektivität zu erreichen?

Ich sehe im Eigentumskonzept, dass der sozialistischen Wirtschaft zugrunde lag, eine der wichtigsten Ursachen – wenn nicht die Hauptursache.

Das Eigentum in der marxistischen Wirtschaftstheorie

In der marxistischen Wirtschaftstheorie nimmt das Eigentum als ökonomisches Verhältnis und als ökonomische Kategorie einen wichtigen Platz ein.

In vielen seiner Arbeiten beschäftigt sich Marx mit der Eigentumsfrage. Vor allem in seinen Frühschriften widmet er dem Eigentum große Aufmerksamkeit. Es mag Zufall sein oder nicht, das ökonomische Gesamtwerk von Marx beginnt mit einem Beitrag zum Eigentum.

Schon als Junghegelianer übte Marx heftige Kritik an der reaktionär ausgerichteten preußischen Politik in den Rheinhes- sischen Ländern. Anfang der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts suchte er eine Tribüne, ein Sprachrohr, um seine revolutionär-demokratischen Auffassungen gegen das feudal-absolutistische Regime in Preußen veröffentlichen zu können. Er fand diese Möglichkeit in der »Rheinischen Zeitung«. Es war ein oppositionelles Blatt, das seit Januar 1842 existierte. Gegründet und finanziert wurde es von Vertretern der rheinischen Großbourgeoisie. Um die Zeitung zu profilieren und Leser zu gewinnen, waren talentierte Auto-

ren willkommen. Marx war einer. Er wurde zum maßgeblichen Kopf der Zeitung. Er veröffentlichte eine Reihe aufsehenerregender Beiträge und nahm Einfluss auf die Redaktion. Im Oktober 1842 wurde er ihr Chefredakteur. Der Ruf des Blatts ging bald über die Grenzen der Rheinprovinz hinaus. Sie wurde wortführend der demokratischen Kreise ganz Deutschlands. Die »Rheinische Zeitung« war für die regierungsamtlichen Kreise ein Dorn im Auge. Unzufrieden waren sie mit deren Chefredakteur. Sie zensierten nicht nur scharf die Zeitung, sondern schickten sich an, sie zu verbieten. Am 1. April 1843 musste die Zeitung ihr Erscheinen einstellen.

Für das Entstehen der Marxschen Auffassung über das Eigentum war eine Debatte im 6. Rheinischen Landtag von Bedeutung. In dieser Debatte ging es um Holzdiebstahl. Marx berichtete darüber in der »Rheinischen Zeitung«. Ein bisher bestehendes Gewohnheitsrecht sollte abgeschafft werden. Den Armen war es erlaubt, in den Wäldern »Raffholz« (Bruchholz) zu sammeln. Durch Gesetz sollte dieses Recht abgeschafft werden. In seiner Schilderung der Debatte über die Gesetzesvorlage geißelte Marx den Gesetzesentwurf. Er stieß dabei auf die »materiellen Interessen« der Menschen, besonders auf das ausbeuterische Interesse der Großbourgeoisie. Die aufkommende kapitalistische Ordnung kämpfte gegen die letzten Reste des feudalen Gemeineigentums an Grund und Boden. Es fand ein grausamer Enteignungskrieg gegen die Armen statt. Marx erkannte die Wurzel im Interessenkonflikt zwischen aufkommender Bourgeoisie und Resten des Feudalbesitzes in den bestehenden Eigentumsverhältnissen. Der preußische Staat vertrat konsequent die Interessen der privaten Waldbesitzer, während er die Interessen der Armen, die besitzlos waren, missachtete.

Marx erkannte, dass den Besitzverhältnissen (dem Eigentum) handfeste ökonomische Interessen, ökonomische Beziehungen, zugrunde lagen.

Marx stieß auf ökonomische Probleme, auf ökonomische Fragen, in denen er sich wenig auskannte. Er spürte, dass das tiefere Verständnis dieser Probleme und Fragen eine ausführliche Beschäftigung mit der Ökonomie, mit ökonomischen Theorien erfordere. In seinen »Altersbriefen« erinnert sich Friedrich Engels, dass er »von M[arx] immer gehört (hat), gerade mit dem Holzdiebstahlgesetz und mit der Lage der Mosel-

bauern sei er von der bloßen Politik auf ökonomische Verhältnisse verwiesen worden und so zum Sozialismus gekommen.«¹²

Die Debatte über das Holzdiebstahlgesetz im 6. Rheinischen Landtag brachte Marx auf den Weg, im Eigentum nicht nur eine Rechtskategorie zu sehen, sondern eine Institution, die – wie er in seinem Brief an Annenkow vom 28. Dezember 1846 schreibt – die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bestimmt, die die Menschen in der Produktion eingehen.¹³

In seinen folgenden Arbeiten und Schriften gibt Marx dem Eigentumsbegriff einen neuen, einen ökonomischen Inhalt. Er hebt ihn aus der bisher vorhandenen Auffassung heraus, wonach unter Eigentum nur eine Beziehung zwischen einem selbst und einer Sache, ein Verhältnis zwischen einer Person und einem Ding verstanden wurde. Im Marxschen Eigentumsbegriff bleibt der Sachbezug zwar weiter bestehen, doch auf ihn allein reduziert sich nicht das Eigentum. Selbst im Sachbezug nimmt Marx eine Unterscheidung vor. Er unterscheidet zwischen Beziehungen zu Produktionsmitteln (Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände) und zu Gebrauchsgütern (Nahrungsmittel, Kleidung etc.) Im Marxschen Verständnis des Eigentums als ökonomische Kategorie handelt es sich nicht schlechthin um ein Verhältnis von Personen zu einer Sache, sondern zu den Produktionsmitteln. In der »Deutschen Ideologie«, gemeinsam mit Friedrich Engels 1845 verfasst, wird das Eigentum definiert als »Verhältnis der Individuen zueinander in Beziehung auf das Material, Instrument und Produkt der Arbeit«¹⁴.

Marx erkennt den engen Zusammenhang zwischen dem Eigentum als Produktionsverhältnis und den Produktivkräften, vor allem zu den Arbeitsmitteln. In seiner Schrift »Elend der Philosophie« schreibt er: »Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise. Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten.«¹⁵

Eigentum ist somit nicht ewig; es unterliegt einem Wandel, es nimmt in Abhängigkeit von den Produktivkräften bestimmte historische Formen

12 Engels an Richard Fischer. Brief vom 15. April 1885. In: MEW. Bd. 59. S. 466.

13 Vgl.: Marx an Pawel Wassilijewitsch Annenkow. Brief vom 28. Dezember 1846. In: MEW. Bd. 27. S. 436.

14 Karl Marx / Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW. Bd. 3. S. 22.

15 Karl Marx: Das Elend der Philosophie. In: MEW. Bd. 4. S. 22.

an. Dieser Wandel gilt für alle Eigentumsformen, einschließlich für das Privateigentum. Eigentum ist kein zeitloses, natürliches Verhältnis.

Obwohl die Eigentumsfrage wie ein roter Faden das ökonomische Gesamtwerk von Marx durchzieht, beginnt im »Kapital« –, dem Hauptwerk von Marx –, die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise nicht mit der Untersuchung des Eigentums. In allen drei Bänden des »Kapital« gibt es keinen Abschnitt bzw. kein Kapitel, in dem das Eigentum expressiv verhandelt wird. Nicht das Eigentum sondern die Ware ist der Ausgangspunkt für die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise.

Der erste Satz im »Kapital«, Erster Band, lautet: »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ›ungeheuerere Warensammlung‹, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware«.16

Schritt für Schritt zerlegt Marx die Ware als ökonomischen Baustein dieser Produktionsweise. Er entdeckt den Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit, er bereichert die von Adam Smith begründete Arbeitswerttheorie, er legt die Quelle des Mehrwerts frei und erblickt in der kapitalistischen Form des Eigentums das – wie er es selbst nannte »innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion des Kapitalismus«.17

Marx stellte klar, das Privateigentum ist der *Kern* im System der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Dadurch, dass er seine Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit der Ware begann, hat er diesen Kern entdeckt. Selbst bürgerliche Ökonomen definieren heute noch den Kapitalismus über das Privateigentum. Eine Volkswirtschaft ist kapitalistisch, wenn der größte oder zumindest ein entscheidender Teil der Produktionsmittel in privaten Händen ist.

Ein Eigentumskonzept, das scheiterte

In der Politischen Ökonomie des Sozialismus begann die Darstellung des Systems der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit dem gesellschaftlichen Eigentum.

16 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW. Bd. 25. S. 49.

17 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. S. 799f.

Nach der Besitzergreifung der politischen Macht wurde der Hebel zuerst an der Veränderung der Eigentumsverhältnisse angesetzt. Durch Nationalisierung und Zusammenschluss privater Eigentumsformen wurde gesellschaftliches Eigentum geschaffen.

Es gab die Konzeption, alle Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.

Die Wirtschaft der DDR beruhte auf zwei Säulen: dem Volkseigentum und dem Genossenschaftseigentum.

Das Volkseigentum bildete die Basis für die Wirtschaftsbereiche Industrie, Bauwesen, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Binnenhandel u. a. produzierende Zweige. In der volkseigenen Wirtschaft wurden ca. 80 Prozent des gesellschaftlichen Produktes erzeugt.

Genossenschaftseigentum bestand in der Landwirtschaft (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften), im Handwerk (Produktionsgenossenschaften des Handwerks) und im Dienstleistungssektor.

Der Staat bestimmte über das Volkseigentum. Der Sache nach war es Staatseigentum. Der Staat legte fest, wie das Eigentum zu handhaben ist, wie die Betriebe mit dem Eigentum, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde, zu wirtschaften haben. Durch Planaufgaben wurden die Produktionsziele (Mengen, Kosten, Steigerung der Arbeitsproduktivität u. a.) vorgegeben. Die Erfüllung der Planaufgaben war verbindlich. Es lag nicht im Ermessen der Betriebe, ob der Plan erfüllt wird oder nicht. Die Erfüllung des Staatsplans war Gesetz.

Die Hand des Staates, wie mit dem Eigentum zu verfahren, wie es zu realisieren ist, wurde von der an der Macht befindlichen Partei geführt. Seit 1960 galt die Festlegung, dass die Regierung der DDR die Beschlüsse des Politbüros unverändert zu übernehmen hat. 1972 wurde diese Praxis zur gesetzlichen Verpflichtung. Über das Volkseigentum bestimmte nicht das Volk, sondern die Führungsspitze der Partei.

Volkseigentum ist dem Wort nach demokratisches Eigentum. Bestimmt eine Führungsschicht darüber, was mit dem Eigentum geschieht, dann ist dem Volk bzw. seinen Repräsentanten die Mitbestimmung über das Eigentum entzogen. Das Eigentum ist entdemokratisiert. Es existiert dann als »Staatsmonopolistisches Eigentum«¹⁸.

18 Vgl.: Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992. S. 77f.

Die SED als führende Partei nahm für sich in Anspruch, über die Entwicklung und Veränderung der Eigentumsverhältnisse und damit über das weitere Schicksal der DDR-Wirtschaft zu bestimmen.

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre entstanden neue Anforderungen an die Leitung und Organisation der Industriebetriebe im volkseigenen Sektor. Die Vereinigungen der volkseigenen Betriebe als Leitungsorgan wurden den neuen Aufgaben nicht mehr gerecht. Das Politbüro fasste damals den Beschluss, alle volkseigenen Industriebetriebe in Kombinate zusammenzuschließen. Es fand ein tiefer Eingriff in die Eigentumsstruktur statt. Die Bildung von Kombinatzen war legitim. Sie war eine Antwort auf die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion, die durch Konzentration und Spezialisierung gekennzeichnet ist. Die Betriebe wurden nach dem Erzeugnisprinzip zusammengeschlossen. Forschung und Entwicklung, wichtige Zulieferbetriebe, der Vertrieb und selbst der Außenhandel wurden den Kombinatzen zugeordnet. Das Kombinat war das Leitungsorgan für die gesamte Kette von der Forschung und Entwicklung über die Erzeugnisherstellung bis zum Absatz. Bei der Kombinatzenbildung hatten die Betriebe ein begrenztes Mitspracherecht. Entschieden wurde letztlich durch die Zentrale. Dank der Kombinate als Wirtschaftsform und Leitungsorgan war es möglich, die im Staatseigentum vorhandenen Potentiale für die Produktivkraftentwicklung und den wissenschaftlichen-technischen Fortschritt weitestgehend auszuschöpfen. Doch genauso wie es richtig war, Kombinate nach dem Erzeugnisprinzip zu bilden, war es falsch, alle Betriebe in Kombinate einzuordnen. Nicht wenige Betriebe waren »Fremdkörper im Kombinat«, sie konnten in der neuen Wirtschaftsform weder leben noch sterben. In der bürgerlichen Gesellschaft gibt es für die kleinen und mittleren gewerbetreibenden Unternehmen adäquate Betriebs- und Rechtsformen, wie beispielsweise Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR), Kommanditgesellschaften und andere. Obwohl in der DDR das Handelsgesetz aus der bürgerlichen Zeit noch in Kraft war, stand die Anwendung dieser Betriebsformen außer Frage. Sie wurden als nichtsozialistisch abgestempelt. Der Schaden, der für Wirtschaft und Gesellschaft entstanden ist, war entsprechend hoch.

Das Politbüro verfolgte das Konzept, in den Eigentumsverhältnissen »reinen Tisch« zu machen. Es beschloss 1972, die Reste des wirtschaftlichen Privateigentums und die interessante Eigentumsform der Betriebe mit staatlicher Beteiligung zu beseitigen. Alle nichtsozialistischen Ei-

gentumsformen wurden liquidiert. Versorgungsengpässe wurden dabei in Kauf genommen. Der Anteil dieser Betriebe am gesellschaftlichen Gesamtprodukt betrug immerhin 15 Prozent. Begründet wurde die Umwandlung dieser Betriebe in Volkseigentum mit dem Argument, ihre Produktivität und Effektivität, ihre Leistungsfähigkeit an das Niveau der volkseigenen Wirtschaft heranzuführen. Ihr Beitrag zum Zuwachs an Nationaleinkommen sei zu erhöhen.

Außerdem spielte der Gedanke eine Rolle, die letzten Inseln kapitalistischen Wirtschaftens zu tilgen.

Mit der Beseitigung dieser Eigentumsformen hatte in der Industrie das Staatseigentum die Monopolstellung erlangt. Die 100-Prozent-Methode hatte obsiegt. Bezogen auf das Eigentum wurde das sowjetische Wirtschaftsmodell 1:1 verwirklicht. Es bestand der Irrglaube, dass mit der Dominanz des Staatseigentums die Eigentumsfrage gelöst und damit auch die Machtfrage für immer entschieden sei. Die Antagonismen in den Eigentumsverhältnissen seien überwunden.

Der Sozialismus könne sich nun auf eigener Grundlage entwickeln, die ökonomischen Gesetze können nun uneingeschränkt wirken.

Es käme nunmehr nur darauf an, die ökonomischen Gesetze zu erkennen und konsequent zu verwirklichen. Es fand eine umfangreiche, lange Zeit andauernde Kampagne statt, in der die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze erläutert und die Notwendigkeit ihrer strikten Ausnutzung betont wurde. Defizite beim Effektivitätszuwachs in den Betrieben, Mängel im Warenangebot für die Bevölkerung wurden auf die ungenügende Beachtung ökonomischer Gesetze des wirtschaftsleitenden Personals zurückgeführt.

Die Alleinexistenz der sozialistischen Eigentumsverhältnisse bildete zugleich eine Art »Ruhekissen«. Es blieb außer Acht, dass mit der Monopolisierung der Eigentumsverhältnisse das Staatseigentum der Gefahr ausgesetzt war, Züge anzunehmen, die jedem Monopol inne wohnen: Fehlender Wettbewerb, Tendenz zur Stagnation, Erlahmung innerer Triebkräfte.

Die zentralisierte Handhabung des monopolisierten Staatseigentums war schwerfällig und mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden. Trotz der Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse, trotz der Kombinatbildung ist das Staatseigentum den Herausforderungen der modernen Produktivkraftentwicklung nicht gerecht geworden.

Staatseigentum – contra Selbstregulierung

Das gesamtgesellschaftliche Eigentum existierte als ganzheitliches System. Es hatte eine bestimmte innere Ordnung bzw. Struktur. Strukturelement in diesem System war der Betrieb. Im Jahr 1989 gab es in der Wirtschaft der DDR – ausgenommen die Landwirtschaft und den Handel – 48.000 Grundeinheiten.

Es existierten 126 zentral geleitete und 95 bezirksgeleitete Kombinate, 3.406 volkseigenen Betriebe und ca. 44.000 Betriebsteile. Bedingt durch Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation war dieses System sehr komplex. Komplexe Systeme sind aber nur dann stabil und dauerhaft, wenn in ihnen die Grundeinheiten sich selbst reproduzieren, ohne Eingriffe von außen sich selbst erhalten, wenn sie in der Lage sind, den veränderten Verhältnissen sich selbst anzupassen.

Das zentral geleitetete Staatseigentum schloss diesen Regelmechanismus aus. Die Selbstreproduktion der Grundeinheiten aus eigener Kraft war nicht gewährleistet.

Die Abschaffung des Marktes beseitigte diesen Regelmechanismus.

Die vom Mitbegründer der klassischen Politischen Ökonomie Adam Smith im 18. Jahrhundert entdeckte »unsichtbare Hand«, die in einer Warenwirtschaft die ökonomischen Prozesse reguliert, gab es nicht mehr.

In einer auf gesamtgesellschaftlichen Eigentum beruhenden Wirtschaft war an die Stelle der »unsichtbaren Hand« die zentrale Planung getreten. Sie hatte die Aufgabe, die volkswirtschaftlichen Prozesse zu steuern, die Proportionalität in der Wirtschaft zu sichern, für Wirtschaftswachstum zu sorgen.

Für eine moderne Volkswirtschaft ist die Planung von ökonomischen Prozessen ein legitimes und wirksames Instrument. Durch zentrale Planung und Regulierung können die wirtschaftlichen Ressourcen rationeller eingesetzt und im ökonomischen Kreislauf wirtschaftliche Verluste vermieden bzw. minimiert werden. Selbst bei vielen bürgerlichen Ökonomen findet der Planungsgedanke nach wie vor Resonanz. In den 50er und 60er Jahren gab es den geflügelten Satz »Markt und Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig«.

Der Wiederaufbau der Wirtschaft im Osten Deutschlands wäre ohne Wirtschaftsplanung nicht möglich gewesen. Halbjahr-, Zweijahr- und Fünfjahrespläne halfen der Wirtschaft auf die Beine. Mit Hilfe der Wirtschaftsplanung sind die durch die Spaltung Deutschlands entstandenen

Disproportionen, vor allem zwischen Schwerindustrie und verarbeitender Industrie überwunden worden. Vollkommen neu musste eine Schwerindustrie geschaffen werden. Gewaltige Investitionssummen waren dazu erforderlich. Es galt, die von den Betrieben erwirtschafteten Mittel zu zentralisieren und sie für die Lösung von Schwerpunktaufgaben einzusetzen. Sogar Amortisationen, die für die Eigenreproduktion der Betriebe dringend gebraucht wurden, mussten an die Zentrale abgeführt werden. Bertholt Brecht formulierte damals in einem Liedtext: »Wir haben einen Plan gemacht und danach bauen wir auf.«

Doch bereits in den Anfängen der Planwirtschaft gab es einen Konflikt, der zum Dauerzustand wurde: Der Konflikt zwischen Betrieb und Zentrale, zwischen betrieblicher und volkswirtschaftlicher Reproduktion.

Ohne Änderung des Planungssystems war dieser Konflikt nicht zu beseitigen. In der DDR waren es die Ökonomen Fritz Behrens, Gunther Kohlmey, Herbert Wolf und Arne Benary, die schon frühzeitig diese Notwendigkeit erkannten.

Die Planwirtschaft als Wirtschaftstyp wurde von ihnen nicht in Frage gestellt. Es ging ihnen darum, die im Planungssystem enthaltenen Möglichkeiten besser zu nutzen, seine Überlegenheit gegenüber der marktwirtschaftlichen Regulierung unter Beweis zu stellen. In Frage stand die Art und Weise, wie die Planung erfolgte.

Fritz Behrens unterbreitete Vorschläge, die auf einen Abbau der staatlichen Administration im Planungsprozess, auf die Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der Betriebe und auf die Schaffung eines flexibleren Preissystems gerichtet waren.

Gunther Kohlmey erkannte die Notwendigkeit, die Volkswirtschaft weniger administrativ, als vielmehr monetär mit Hilfe von Geld und Kredit zu steuern. Administration und Wertkategorien waren im Planungssystem nicht gleichwertig. Die Priorität hatte stets die Administration.

Herbert Wolf vertrat den Standpunkt, der Zentrale, dem Staat, lediglich die Grobplanung vornehmen zu lassen und die Feinplanung den Betrieben zu übertragen.

Arne Benary verfolgte die These, dass an die Stelle der Verwaltung der Wirtschaft durch den zentralisierten Staatsapparat die Selbstverwaltung der Betriebe treten müsse.

Bei Fritz Behrens keimte der Gedanke, das Eigentum zu entstaatlichen, es an die Betriebe zu delegieren und den Betrieben das Recht zu übertragen, sich selbst zu verwalten. Er stützte sich dabei auf die Erfahrungen

des »Jugoslawischen Weges« sowie auf Äußerungen von Marx über das »asoziierte Eigentum« in einer sozialistischen Gesellschaft.

Über seine eigenen Gedanken bemerkte Behrens: »Ich bin mir bewusst, ... einige Dogmen angetastet zu haben. Das wird man mir sicher verzeihen, wenn ich dadurch den Anstoß für eine Diskussion gegeben habe, die uns der Lösung einiger der von mir angedeuteten Probleme näher bringt.«¹⁹ Fritz Behrens hatte sich geirrt. Ihm wurde »ökonomischer Revisionismus« vorgeworfen. Er wurde an den Pranger gestellt. Den Schatten des »Revisionismus« wurde er nicht mehr los.

Wenn auch in alten dogmatischen Denkstrukturen befangen, kam die politische Führung der DDR nicht umhin, die herangereiften ökonomischen Fragen auf die Tagesordnung zu setzen und den Stimmen der Wirtschaftswissenschaftler Gehör zu schenken. Die SED-Führung erkannte, die Selbständigkeit der Betriebe zu erweitern, die wirtschaftliche Rechnungsführung konsequent durchzusetzen, durch Sparsamkeit sowie Senkung der Kosten die Rentabilität der Betriebe zu erhöhen.

Wird der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR bis zu ihrem Ende verfolgt, so standen diese Forderungen ohne Unterbrechung auf der Agenda der Wirtschaftspolitik. Die Debatten darüber glichen oft einem Drahtseilakt. Aufgrund der ideologischen Einengung waren sie mit der Gefahr verbunden, des ökonomischen Revisionismus bezichtigt zu werden. Im Sprachgebrauch war es untersagt, bestimmte Wörter und Begriffe zu verwenden. So z.B. ökonomische Selbstverwaltung, Wirtschaftsmechanismus, Selbstregulierung und andere. Sie gehörten nicht zu den »Normteilen« des gängigen Vokabulars. Die Zentrale sagte der Verwendung von Begriffen der selbstregulierenden Mechanismen entschieden den Kampf an.

Wirtschaftsreformen waren erforderlich

Angesichts der inneren ökonomischen Zwänge und der internationalen wirtschaftlichen Herausforderungen – am Horizont zeichnete sich die heraufziehende wissenschaftlich-technische Revolution ab, war es in der ersten Hälfte der sechziger Jahre unumgänglich geworden, in der DDR

¹⁹ Zitiert nach Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie des Fritz Behrens (1909-1980)«. In: »Ich habe einige Dogmen angetastet«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 24.

eine Wirtschaftsreform »großen Stils« in Angriff zu nehmen und zu verwirklichen.

Vom Zentralkomitee der SED und Ministerrat der DDR einberufen, fand im Juni 1963 in Berlin eine Wirtschaftskonferenz statt, auf der ein ganzer Katalog von Maßnahmen erörtert und beraten wurde, der die Veränderung der Leitung der Volkswirtschaft zum Ziel hatte.

Dieser Maßnahmekatalog wurde als »Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« (NÖS) bezeichnet.

Elemente dieses Systems waren:

- Die zentrale Leitung und Planung der Volkswirtschaft enger mit der Eigenverantwortung der Betriebe zu verbinden
- Das Hauptaugenmerk der wirtschaftsleitenden Organe auf die Beschleunigung des Wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu richten.
- Ökonomische Hebel gezielt zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Kostensenkung und der Rentabilitätssteigerung einzusetzen. In der Wirtschaftsführung dem Wertgesetz größere Beachtung zu schenken.

Zur Verwirklichung des Neuen Ökonomischen Systems wurde mit hohem Kraftaufwand im Gesamtbereich der volkseigenen Industrie eine Industriepreisreform durchgeführt, das heißt, für alle Industrieerzeugnisse sind neue Preise festgelegt worden; die Grundfonds der Betriebe (Maschinen, Anlagen, Gebäude etc.) wurden neu bewertet. Damit die Produktionsfonds effektiver genutzt werden, wurde auf sie eine Art Steuer – die Produktionsfondsabgabe – eingeführt. Bei Zahlungsunfähigkeit der Betriebe war sogar an die Durchführung von Insolvenzverfahren gedacht.

Alle im Neuen Ökonomischen System vorgesehenen Maßnahmen waren darauf gerichtet, die Verantwortung der Betriebe zu erhöhen und die Wirkung der ökonomischen Hebel zu verstärken. Die Reformmaßnahmen zielten in die richtige Richtung.

Der Kurs des Neuen ökonomischen Systems fegte auch frischen Wind in die Wirtschaftswissenschaften.

Lehre und Forschung wurden auf die neuen Anforderungen der Wirtschaftswissenschaften ausgerichtet. In die Lehrprogramme wurden neue Disziplinen aufgenommen. Ökonomische Kybernetik, Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) in der Wirtschaft, Leitungs- und Organisationswissenschaften, Operationsforschung u.a. gehörten von nun an zum Profil der Ausbildung für Ökonomen. Im August 1965

wurde in Berlin beim ZK der SED ein Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung gegründet, das hochrangige Wirtschafts- und Staatsfunktionäre (Generaldirektoren, Minister, Staatssekretäre u. a.) mit modernen Methoden der Wirtschaftsführung vertraut machte. Institute für Leitungs- und Organisationswissenschaften entstanden ebenfalls an Universitäten und Hochschulen. In der Zeit des Neuen Ökonomischen Systems entstand sogar ein Lehrbuch mit dem Titel »Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR«. Es erschien in einer Auflage von fast einer Million Exemplaren. Alle Leiter waren angehalten, es zu studieren. Vorsitzender des 36 Namen umfassenden Autorenkollektivs war der Wirtschaftssekretär des ZK Günter Mittag. Das Vorwort stammte von Walter Ulbricht. Das Lehrbuch wurde in den Rang einer Bibel hochstilisiert, es hatte »parteioffiziellen« Charakter.

Trotz der breit angelegten Kampagne kam der Reformkurs schwer in Gang. Die Saat, die in fruchtbaren Boden eingebracht wurde, wollte und sollte nicht aufgehen. Das Neue Ökonomische System blieb in den Anfängen stecken. Es blieb unvollendet. Ihm widerfuhr ein ähnliches Schicksal wie seinerzeit der Leninschen Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion. Harry Nick schreibt sogar: »Das Neue Ökonomische System hat es in der DDR niemals wirklich gegeben«. ²⁰

Ungeachtet der vielen positiven Reformansätze ist eine grundlegende Änderung des Leitungs- und Planungssystems, des sozialistischen Wirtschaftsmechanismus, nicht zustande gekommen. Die Reformmaßnahmen waren zwar notwendig, sie erfassten aber nur die Erscheinungswelt der Wirtschaft. Sie griffen zu kurz; sie berührten nicht die den Erscheinungen zugrunde liegenden Wesensbeziehungen der Wirtschaft. Es war neuer Wein in alten Schläuchen. Dogmen blieben weiterhin unangetastet. Nach wie vor galt, der Staat allein hat die Verfügungsgewalt über das Volkseigentum.

Erst die Modrow-Regierung hat dieses Dogma aufgebrochen. Mit der »Treuhandverordnung« vom 1. März 1990, die vorsah, das »Volkseigentum zu wahren«, wurde beschlossen, »das Volkseigentum zu entstaatlichen«, es in so genannte Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Ein Schritt, der spät – viel zu spät gegangen worden ist.

20 Harry Nick: Ökonomiedebatten in der DDR. S. 252.

Unter den in den sechziger Jahren obwaltenden Umständen war ein solcher Schritt allerdings gar nicht möglich. Außerdem gab es starken Widerstand gegen die Reformen. Die mit den Reformen verbundenen Veränderungen in der Wirtschaft, vor allem die eingeleiteten Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, die beschleunigte Automatisierung und die Neuverteilung von Investitionen, die zu temporären Disproportionen und nichtgedeckten Planaufgaben führten, gaben den Reformgegnern Anlass, die weitere Verwirklichung des Neuen ökonomischen Systems in Frage zu stellen und den Reformkurs in der Wirtschaftspolitik zu beenden.

Anführer der Reformgegner in der Parteispitze war Erich Honecker. Er erhielt kräftigen Rückenwind von der Parteiführung der KPdSU. Offensichtlich fürchteten die Reformgegner, dass tiefgreifende Reformen in der Wirtschaft auch tiefgreifende Reformen im politischen System nach sich ziehen würden.

Wissenschaftler und Ökonomen, die an der Ausarbeitung des Neuen Ökonomischen Systems federführend beteiligt waren, wurden in der Folgezeit entweder aus dem ökonomischen Diskurs ausgegrenzt oder ihrer Ämter enthoben.

Prof. Dr. Herbert Wolf musste seinen Platz als Stellvertreter der Staatlichen Plankommission verlassen und Dr. Wolfgang Berger, ehemals ökonomischer Berater von Walter Ulbricht, wurde in das Staatsarchiv nach Potsdam verbannt. Beide waren führende Köpfe der Wirtschaftsreform.

Unter Honeckers Partei- und Staatsführung wurde das Rad im Leitungs- und Planungssystem wieder zurückgedreht. In den 70er und 80er Jahren wurde die Wirtschaft wieder nach dem gleichen Muster geplant und geleitet, wie in den 50er Jahren. Alte Wirtschaftsdogmen wurden reaktiviert.

Entfremdung vom Eigentum

Die Trennung von Aneignung und Leistung führte zur Entfremdung des Volkseigentums. Die zentrale Handhabung des Eigentums machte das Eigentum anonym.

Eigentum ist Aneignung. Aneignung ist der Kern des Eigentums. Ohne Aneignung ist Eigentum ökonomisch wertlos. Das gilt für alle Eigentumsformen. Eigentum an Kapital ist Aneignung von Profit, Eigentum an

Grund und Boden ist Aneignung von Rente, Eigentum an Geld ist Aneignung von Zins.

Beim Eigentum geht es um die Aneignung des Überschusses, des Mehrprodukts. Für das Eigentum gilt die Formel $G-G'$ (G = Geld, G' = Geldzuwachs).

Wer Eigentum hat, hat die Macht der Aneignung. Besteht Staatseigentum, so hat der Staat die Macht der Aneignung. In den Staatsbetrieben vollzog sich aber die Aneignung an den Betrieben vorbei. Der Betrieb, der eigene Interessen hatte, war vom direkten Aneignungsprozess so gut wie ausgeschlossen. Seine Eigenleistungen standen ihm zur Aneignung nicht zur Verfügung. Dadurch spürte er weder den Erfolg noch den Misserfolg. Das gleiche Verhältnis der Betriebe zum Staatseigentum ließ die spezifischen Interessen der Betriebe unberücksichtigt, führte zur Nivellierung, zur Gleichmacherei, zur Untergrabung des Leistungsprinzips, zur Unterhöhlung der materiellen Interessiertheit.

Der Direktor einer renommierten Berliner Werkzeugmaschinenfabrik, die modernste Werkzeugmaschinen herstellte, die weltweit mit guten Devisenerlösen exportiert wurden, fand nach einer Vertrauensleutevollversammlung über die Planerfüllung folgende Worte: »Wir haben auf der letzten Vollversammlung mitteilen können, dass unser Betrieb vergangenes Jahr 10 Mio. Mark Gewinn erzielte. Es hat niemanden interessiert. Es ist auch für den Betrieb, für die Verantwortlichen völlig egal, ob wir 10 Millionen Gewinn oder Verlust einfahren!«²¹

Mangelndes ökonomisches Interesse, die Vorgabe von Kennziffern aus der Zentrale, die nicht immer real waren, das Unbeteiligtsein der Betriebe an den erbrachten Leistungen, führten im Endergebnis zur Entfremdung vom Eigentum.

Volk und Eigentum standen einander gegenüber. Wie weit die Trennung fortgeschritten war, zeigte der Umgang mit dem Volkseigentum in der Zeit der Wende. Ohne Aufzubegehren, ohne Widerstand hat es das Volk der DDR hingenommen, dass »sein« Vermögen im Wert von einer Billion Mark ohne Gegenleistung an kapitalkräftige Investoren und Banken aus dem Westen verschleudert wurde.

Die Losung »Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr«, war Ausdruck der Stimmung, die es in weiten Kreisen der

²¹ Ebenda. S. 56.

Bevölkerung der DDR gab. Der Besitz der D-Mark war wichtiger als der Erhalt des Volksvermögens der DDR.

Nicht zufällig wurde vor dem Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990, das im § Eins vorsah, das Volksvermögen der DDR zu privatisieren, am 1. Juni 1990 die D-Mark im Osten eingeführt. Gegen dieses Gesetz gab es kein »Wenn und Aber«. Mit der Verwirklichung dieses Gesetzes fand im Osten Deutschlands eine Art »ursprüngliche Akkumulation« des Kapitals statt. Das Volkseigentum wurde privatisiert, damit sich auch im Osten Deutschlands die kapitalistische Wirtschaftsordnung durchsetzen konnte.

Wird auf das Eigentumskonzept zurückgeblickt, das der DDR-Wirtschaft zugrunde lag, das mit der Schaffung von Volkseigentum durch Enteignung im Jahr 1946 seinen Anfang nahm, durch die Bildung von Genossenschaften eine zweite Säule erhielt, das durch Beseitigung nichtsozialistischer Wirtschaftsformen einen »rein« sozialistischen Charakter annahm und durch die zentrale staatliche Handhabung der demokratischen Mitbestimmung über das Eigentum der Boden entzogen wurde, dann ist nicht zu übersehen, dass der zu errichtenden neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein Eigentumskonzept zugrunde lag, das nicht tragfähig war. Es beruhte in seinen Grundzügen auf falschen Prämissen. Mit seiner Verwirklichung sind nicht die ökonomischen Verhältnisse entstanden (Produktionsverhältnisse), die als ökonomische Form der Produktivkräfte die Schaffung einer starken, stabilen materiell-technischen Basis ermöglichten. Die Verstaatlichung des Volkseigentums entdemokratisierte die Eigentumsverhältnisse. Die Entfremdung in den Eigentumsbeziehungen ist nicht überwunden worden. Produzent und Eigentümer waren getrennt.

Alternativen zum Privateigentum

Die Tatsache, dass das Eigentumskonzept und seine Verwirklichung nicht tragfähig, keine echte Alternative zum Privateigentum waren, bedeutet keineswegs, dass das heute dominierende Privateigentum den gegenwärtigen Erfordernissen der ökonomischen und sozialen Entwicklung gerecht wird.

Die Grenzen des Privateigentums an Produktionsmitteln und Kapital sind für die Entwicklung der modernen Produktivkräfte, die internatio-

nale Verflechtung der Volkswirtschaften, für die Globalisierung zu eng geworden. Weltweit vollzieht sich ein Prozess der Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit. Diesem Prozess kann sich auch das Privatkapital nicht entziehen. Einzelunternehmen sind nicht mehr in der Lage, die enormen Mittel aufzubringen, die für die moderne Produktivkraftentwicklung erforderlich sind. Privatkapital wird mehr und mehr *Gesellschaftskapital*.

Unternehmen treten heutzutage nicht mehr privat auf, sondern als *Gesellschaftsunternehmen*. »Es ist« – wie Marx im »Kapital« bereits feststellte – »die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.«²² Ein interessanter Vorgang.

Das Konzept des Staatseigentums als dominierende Eigentumsform ist gescheitert. Das Privateigentum ist an seine ökonomischen Grenzen gestoßen. Die Eigentumsfrage bleibt nach wie vor ungelöst, sie steht weiterhin auf der Tagesordnung.

Abgesehen von den Veränderungen innerhalb der privaten Eigentumsverhältnisse, entstehen in vielen Ländern, vor allem in Lateinamerika, aber auch in Deutschland, Alternativen zum Privateigentum. Es gibt selbstverwaltete Betriebsformen »ohne Chefs«, Kooperativen, Genossenschaften, Commons u. a. In ihnen wird versucht, eine solidarische Ökonomie zu verwirklichen, deren Leitprinzip es ist, unkapitalistische Methoden anzuwenden. Nicht der Gewinn, sondern die Befriedigung sinnvoller Bedürfnisse, nicht Konkurrenz sondern Kooperation sollen Leitmotiv für das Wirtschaften sein; solidarische Ökonomie sei »das Fenster in die Welt von Morgen.« Fuß gefasst haben diese alternativen Formen vor allem im Dienstleistungssektor, in Cafés, Teestuben, Kneipen, Theater, handwerklichen Betrieben, Handelseinrichtungen u. a. Neue Formen werden hinzukommen. Der Trend, aus der kapitalistischen Art und Weise zu wirtschaften auszusteigen, wird sich weiter fortsetzen.

Im Programm der Partei: »Die Linken«, das im Oktober 2011 auf dem Parteitag in Erfurt angenommen wurde, wird die Veränderung der Eigentumsverhältnisse mit als entscheidende Frage angesehen, die es bei der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu lösen gilt. Im Eigentumskonzept der Linkspartei haben die verschiedenen Eigentumsformen Platz: Sowohl staatliches und kommunales, als auch gesellschaftliches,

22 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. S. 452.

genossenschaftliches und privates Eigentum. Allumfassendes Staatseigentum ist »aufgrund bitterer historischer Erfahrungen nicht Ziel« dieser Partei.

Pro und Kontra über Warenproduktion und Markt im Sozialismus

Eng verknüpft mit der Auffassung über das Eigentum und mit dem Eigentumskonzept war die Frage über die weitere Existenz der Warenproduktion, des Marktes und des Wertgesetzes im Sozialismus. Warenproduktion, Markt, Wertgesetz, Geld und Wert waren und blieben Reizthemen der Ökonomen.

Diskussionsgegenstand waren vor allem Ursachen der Warenproduktion, wieso kann Warenproduktion existieren, wenn es kein Privateigentum gibt? Ist die sozialistische Wirtschaft ihrem Typ nach eine Planwirtschaft, eine Marktwirtschaft oder eine gemischte Wirtschaft? Welchen Rang hat das Wertgesetz in einer planmäßig organisierten Wirtschaft?

In einer Arbeit zur »Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus« verfasst von Ökonomen der Leningrader Universität, wird richtig festgestellt: »Nichts hat den Ökonomen wohl soviel Schwierigkeiten und zuweilen auch soviel ernsthaften Verdruss bereitet, wie das Problem der Ware-Geld-Beziehung.«²³

Bis zum Zerfall der UdSSR gab es in der Sowjetunion zwei Schulen: Die Towarniki (die Befürworter der Warenproduktion) und die Anti-Towarniki (die Gegner der Warenproduktion). Die Protagonisten der einen Schule waren in Leningrad, die der anderen in Moskau. Beide Schulen begründeten ihre Auffassungen mit gewichtigen Argumenten.

In der marxistischen ökonomischen Theorie war lange Zeit die Meinung fest verankert, dass es in einer künftigen sozialistischen Produktionsweise keine Warenproduktion geben wird. Engels formulierte im »Anti-Dühring«: »Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel der Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt.«²⁴

Ähnliche Auffassungen finden wir in den Arbeiten von Marx und Lenin. Auch Rosa Luxemburg teilte diese Meinung.

23 Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse. Berlin 1973. S. 18.

24 Friedrich Engels: »Anti-Dühring«, S. 264.

Unter den Ökonomen der DDR gab es ungeteilt die Auffassung, dass in der sozialistischen Wirtschaft die Warenproduktion fortbesteht. Zumindest im öffentlichen Diskurs gab es weder Gegner der Warenproduktion noch Befürworter einer sozialistischen Marktwirtschaft.

In der Diskussion ging es vielmehr um die Begründung der Warenproduktion im Sozialismus und um die Bestimmung ihres neuen Inhalts. Begründet wurde sie aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der relativen ökonomischen Selbständigkeit der Betriebe. Die Arbeitsteilung erfordert, die Güter wechselseitig auszutauschen. Da der Arbeitsaufwand für die Herstellung der auszutauschenden Güter unterschiedlich ist, die Arbeit bei den einzelnen Produzenten unterschiedlich wertproduktiv ist, nehmen die Arbeitsprodukte Wertform an und werden als Waren ausgetauscht.

In der kapitalistischen Wirtschaft wird der Wert zwar in der Produktion geschaffen, seine Realisierung erfolgte aber auf dem Markt. Der Vorgang erfolgt hinter dem Rücken der Produzenten. Durch das Spiel von Angebot und Nachfrage verläuft er spontan.

Für die Warenproduktion im Sozialismus galt die Annahme, dass dieser Prozess geplant werden kann, dass er ohne Markt erfolgt. Der neue Inhalt der Warenproduktion wurde in seiner Planbarkeit gesehen. Die Ware-Geld-Beziehungen waren keine Marktbeziehungen, sondern sie wurden geplant, sie wurden ohne spontane Einflussnahme des Marktes festgelegt. Faktisch waren sie Formen, ohne Inhalt. Sie hatten so gut wie keine ökonomische Hebelwirkung. Sie waren in der Hauptsache numerische Größen für das wirtschaftliche Rechnen.

Das Thema Warenproduktion berührte eine Reihe Grundfragen der Sozialistischen Gesellschaft. Es war von essentieller Bedeutung. Es betraf den Typ der sozialistischen Wirtschaftsordnung. An diesem Thema schieden sich die Geister. Handelt es sich im Sozialismus um eine planwirtschaftliche oder marktwirtschaftliche Ordnung? Das Thema besaß ebenso eine hohe ideologische Brisanz.

Auffassungen über einen marktwirtschaftlichen Sozialismus wurden als »revisionistisch« gebrandmarkt. Ihre Vertreter waren nicht selten Repressionen ausgesetzt. Sie wurden aus der Partei ausgeschlossen, verloren ihre Ämter und in nicht wenigen Fällen wurden sie strafrechtlich belangt. Ein typisches Beispiel dafür ist das Schicksal des tschechischen Reformers Ota Šik, der im Frühjahr 1968 an der Spitze der Bewegung stand, in der ČSSR die marktwirtschaftliche Ordnung einzuführen. Der

Druck im inneren des Landes zwang ihn, seine Heimat zu verlassen. Er ging ins Exil und wandelte sich vom »Reformer« zum »Dissidenten«. ²⁵

Ohne Warenproduktion geht es nicht

Die harte ökonomische Realität beim Aufbau und bei der Gestaltung einer sozialistischen Wirtschaft erforderte jedoch, die Güter weiterhin als *Waren* zu produzieren, sie mittels des *Geldes* auszutauschen und die Beziehungen zwischen den Produzenten als Ware-Geld-Beziehung zu realisieren.

Übrigens war es Lenin, der als erster erkannt hat, dass ohne Warenproduktion, ohne Geld, ohne Markt eine sozialistische Wirtschaft nicht aufzubauen ist. Diese Erkenntnis war ein wichtiger Grund mit dafür, im Jahr 1921 in Sowjetrußland die Neue Ökonomische Politik einzuführen.

Die marxistische ökonomische Theorie kam somit nicht umhin, anzuerkennen, dass in einer planmäßigen gesellschaftlichen Produktion auf Warenproduktion, auf Ware-Geld-Beziehungen nicht verzichtet werden kann. Die Auffassung, wonach Warenproduktion und Ware-Geld-Beziehungen, Überreste, Muttermale der kapitalistischen Ordnung sind, wurde überwunden. Und dennoch: Aus der ursprünglichen Ablehnung existierte noch lange Zeit, bis zum Ende der sozialistischen Wirtschaftsordnung, ein Schatten. Die Anerkennung war nur halbherzig. Nach wie vor gab es ein kritisches, distanzierendes Verhältnis zum Markt, zu den Marktkräften, zur Regulierungsfunktion des Marktes.

Im Gesamtgefüge der sozialistischen Wirtschaft war der Markt faktisch bedeutungslos. Er war lediglich Umschlagplatz von Ware in Geld und von Geld in Ware (W-G ... G-W). Er war Verbindungsglied zwischen Produktion und Konsumtion. Er war ein Nachfragemarkt, d. h. die Nachfrage war stets größer als das Warenangebot ($G > W$). Die Umwandlung (Metamorphose) von Ware in Geld erfolgte reibungslos. Nur dann, wenn nicht bedarfsgerecht produziert wurde, die Waren keine Käufer fanden, machte sich der Markt bemerkbar. Die Lagerbestände nahmen zu.

In der planmäßig organisierten Wirtschaft war der Markt eine marginale Institution. Es gab weder einen Arbeitskräfte- noch einen Geldmarkt.

²⁵ Joachim Tesch, Fritz Behrens, Ota Sik und die Debatte über den Sozialismus im 21. Jahrhundert. In: Fritz Behrens »Man kann nicht Marxist sein ohne Utopist zu sein«. Texte von und über Fritz Behrens. Hamburg 2010. S. 132.

Gar nicht zu sprechen von einer Börse. Gänzlich fehlten ein Investitionsgütermarkt und ein Immobilienmarkt. Die Produktionsmittel wurden nach Bilanzanteilen von der Zentrale auf die Produzenten verteilt. Sie waren nur der Form nach Waren. Sie hatten, wie Stalin es formulierte, nur eine »Warenhülle«. Ihre Preise waren Verrechnungspreise. Der Wert, der ihnen zugrunde lag, blieb unbekannt. Erst auf dem Weltmarkt offenbarte sich seine wahre Größe.

Grund und Boden hatten ihr Warendasein verloren. Sie waren unverkäuflich.

Obwohl der Marktbegriff offiziell gebraucht wurde, passte er nicht in das Bild der Planwirtschaft. In den Lehrbüchern zur Politischen Ökonomie des Sozialismus sucht man vergeblich ein Kapitel über den Markt in der sozialistischen Wirtschaft. Es war lediglich von der Warenzirkulation die Rede.

Wenn auch in den Dokumenten und Richtlinien über die Wirtschaftspolitik immer wieder betont wurde, die Ware-Geld-Beziehung auszunutzen, ihre ökonomische Hebelwirkung zu verstärken, so war in der Wirtschaftspraxis der erzielte Effekt ihrer Nutzung gering. Es fehlten dafür die notwendigen Bedingungen.

Und diese Bedingungen waren:

- Selbständigkeit und Eigenverantwortung des Warenproduzenten (hier zeigt sich die nicht gelöste Eigentumsfrage),
- Preisbildung unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage (durch die Verteilung nach dem zentralen Plan war die Regulierungsfunktion des Marktes außer Kraft gesetzt)
- Echter Wettbewerb unter den Produzenten (das ganzheitliche Staatseigentum schloss echten Wettbewerb zwischen den Produzenten aus).

Nur unter diesen Bedingungen werden in einer planmäßig organisierten Wirtschaft die Instrumente der Warenproduktion: Ware, Wert, Geld, Preis, Gewinn, Kredit, Zins u. a. produktivitäts- und effektivitätssteigernd wirksam, nur unter diesen Bedingungen üben sie in der Wirtschaft eine ökonomische Hebelwirkung aus.

Eine Befürwortung der Nutzung der Marktkräfte, eine Anerkennung des Marktes im Sozialismus, heißt keineswegs, der Spontaneität des Marktes, seiner zerstörerischen Wirkung freien Raum zu lassen. In einer planmäßig organisierten Wirtschaft ist es nicht nur möglich, sondern erforderlich, die Marktkräfte wirken zu lassen und zu nutzen. Durch Rah-

menbedingungen können sie und sind sie in Bahnen zu lenken, die zu Wirtschaftswachstum und Hebung des Volkswohls führen.

Neben der Eigentumsfrage blieb in der ökonomischen Theorie des Sozialismus auch die Frage der Warenproduktion, das Verhältnis von geplanter Wirtschaft zum Markt ungeklärt. Dogmen haben die Klärung verhindert.

Das Scheitern eines Versuchs, ein »Kapital« für die sozialistische Produktionsweise zu schreiben

Schließlich noch einige Bemerkungen zur Politischen Ökonomie des Sozialismus als Bestandteil der marxistischen Wirtschaftstheorie.

Die Politische Ökonomie des Sozialismus war eine verhältnismäßig junge Wissenschafts- und Lehrdisziplin. Lange Zeit gab es Diskussionen darüber, ob es überhaupt eine solche Disziplin gibt. Als Lehre mit einem ihr eigenem Aufbau und einer ihr eigenen Struktur entstand sie in den 50er Jahren. Das erste Lehrbuch ist 1955 erschienen. Ihr Objekt war die Wirtschaftsordnung der UdSSR. Diese galt als das »Ökonomische Grundmodell« des Sozialismus. Die ökonomischen Verhältnisse in der Sowjetunion waren unreife Verhältnisse. Sie waren durch Fehlentwicklungen gekennzeichnet. Dies fand auch in der ökonomischen Theorie seine Widerspiegelung. Eine fundierte ökonomische Theorie des Sozialismus hat es nicht gegeben.

Unter ganz anderen Bedingungen ist dagegen die Marxsche ökonomische Theorie entstanden. Im Vorwort zur ersten Auflage des Ersten Band des »Kapital« macht Marx folgende interessante Bemerkung: »Der Physiker beobachtet Naturprozesse entweder dort, wo sie in der prägnantesten Form und von störenden Einflüssen mindestens getrübt erscheinen, oder wo möglich, macht er Experimente unter Bedingungen, welche den reinen Vorgang des Prozesses sichern. Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Ihre klassische Stätte ist bis jetzt England. Dies ist der Grund, warum es zur Hauptillustration meiner theoretischen Entwicklung dient.«²⁶

26 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. S. 12.

Mehr als 40 Jahre hat Marx in enger Zusammenarbeit und Korrespondenz mit Friedrich Engels die Produktions- und Verkehrsverhältnisse in der Wirtschaft der »klassischen Stätte« Englands untersucht.

Seine ökonomische Theorie, ihr Werden, die gemachten Entdeckungen und ihre detaillierte Darstellung umfassen ein gigantisches Werk. In der Marx-Engels Gesamtausgabe (MEGA) füllen 15 Bände das ökonomische Erbe von Marx und Engels. Das Herzstück ist »Das Kapital« von Karl Marx in drei Bänden. Im »Kapital« findet die Marxsche ökonomische Theorie ihre Krönung. Marx schreibt, dass es der »Endzweck« dieses Werks war »Das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen«. ²⁷

»Das Kapital«, wie die gesamte ökonomische Theorie, gehören zum Weltkulturerbe, zum Erbe der Weltwissenschaft. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes ein »Triumph der deutschen Wissenschaft«.

Genauso wie die Musik von Johann Sebastian Bach, von Beethoven, von Mozart, von Tschaikowski und vielen anderen heute nicht mehr komponiert werden kann, wie es unmöglich ist, einen Text wie Goethes Faust zu schreiben, so ist der Versuch untauglich, ein ähnliches Werk wie »Das Kapital« über den Sozialismus zu schreiben.

An der ökonomischen Fakultät der Lomonosow-Universität Moskau ist dieser Versuch unternommen worden. In einem speziell dafür geschaffenen Labor mit vielen hochkarätigen Ökonomen wurde an einem solchen Werk gearbeitet. Zustande gekommen ist es nicht.

Eine ökonomische Theorie des Sozialismus, die ähnlich wie die von Marx geschaffene politische Ökonomie des Kapitalismus ist nicht entwickelt worden.

Ungeachtet dessen haben die Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge, die bei der Errichtung einer neuer Wirtschaftsordnung gemacht worden sind, zu Erkenntnissen geführt, die für die Marxistische Wirtschaftstheorie von Bedeutung sind.

Es ist real, als originäres Ziel der Produktion die Bedürfnisbefriedigung des Menschen ins Visier zu nehmen und nicht die Verwertung des Werts; es ist real, Vollbeschäftigung zu sichern, Proportionen in Wirtschaft und Gesellschaft bewusst und planmäßig zu organisieren; es ist real, die Gesellschaft vor verheerenden Wirtschaftskrisen zu bewahren; es ist real, für alle Menschen soziale Sicherheit zu gewährleisten.

²⁷ Ebenda. S. 15f.

Abgesehen von der Ideologisierung der ökonomischen Wissenschaft, ihrer Dogmatisierung, abgesehen davon, dass die Partei die an der Spitze der Macht stand, für sich in Anspruch nahm, im Besitz der Wahrheit zu sein, den Gehalt der Beiträge von Andersdenkenden an ihren Beschlüssen geprüft und beurteilt, ihn nicht selten als »revisionistisch« und »anti-marxistisch« gebrandmarkt hat, ist eine ausgereifte und tragfähige Ökonomie des Sozialismus auch deshalb nicht entstanden, weil der »Körper« Sozialismus noch nicht ausgebildet war, denn, um eine Metapher von Marx zu verwenden: »Der ausgebildete Körper ist leichter zu studieren als die Körperzelle«.

Ganz im Geist von Karl Marx und dessen Untersuchungsmethode anwendend, hat sich Fritz Behrens mit dem Stand der neuen Wissenschaftsdisziplin »Politische Ökonomie des Sozialismus« beschäftigt. Auf einer Konferenz in Frankfurt am Main, die im September 1967 anlässlich des 100. Jahrestages der Erstausgabe des »Kapital«, Erster Band, stattfand, wog Behrens in seinem Referat den Erkenntnisgewinn und Gedankenreichtum im »Kapital« mit den Erfahrungen und ökonomischen Erkenntnissen bei der Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ab und kam dabei zu der Feststellung, dass im Vergleich zur Entstehungsgeschichte der Politischen Ökonomie des Kapitalismus die Politischen Ökonomie des Sozialismus nach 50 Jahren Existenz der Sowjetunion »etwa an der Schwelle des Übergangs vom Merkantilismus und Kameralismus zum Physiokratismus steht und dass es bis zur »Klassik« [Adam Smith und David Ricardo – H. R.] – geschweige denn zur »Kritik« [dem »Kapital« – H. R.] noch ein weiter Weg ist.«²⁸

Behrens konstatierte, dass es lediglich einige »Ansätze« in der Politischen Ökonomie des Sozialismus gibt, die mit Erkenntnissen im »Kapital« vergleichbar sind.

Selbst mehr als 20 Jahre danach, bis zum Ende des Sozialismus, hat sich an dieser Einschätzung von Behrens über den echten Erkenntnisgewinn in der Politischen Ökonomie des Sozialismus im Wesentlichen nichts verändert. Historische und ideologische Bedingungen waren die Ursache dafür, dass die Politische Ökonomie des Sozialismus als Wissen-

28 Fritz Behrens: Erste Fassung der Rede zum Colloquium »Kritik der Politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital« im September 1967«. In: »Ich habe einige Dogmen angetastet«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 155.

schaftsdisziplin über Ansätze nicht hinaus kam und in ihren Anfängen stecken geblieben ist.

Wird ein Fazit gezogen, so sind es wohlweislich nicht nur die Briefmarken, die beim Versuch, in der DDR eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen, übrig geblieben sind.

Vivat Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Richter

Grußwort von Manfred Neuhaus und Klaus Kinner anlässlich des Jubiläumsvortrages des Jubilars am 20. Februar 2012 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde und Kollegen, wir begrüßen heute einen besonders lieben Gast, der in Freital bei Dresden und im nicht minder schönen Grünplan mit seiner charmanten Renate den verdienten Ruhestand auf eine, wie wir heute sicher wieder erleben werden, auch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, sehr produktive Weise genießt.

Nach wie vor erübrigt es sich, das Gründungsmitglied unserer Stiftung und ihres Wissenschaftlichen Beirates Professor Dr. Dr. honoris causa Horst Richter in Leipzig vorzustellen.

Erlauben Sie mir zur Einstimmung deshalb nur eine kleine und zugegebenermaßen sehr subjektive Reminiszenz.

Horst Richter ist ein markanter Vertreter der ersten Generation von Studenten aus der DDR, die ihre akademische Ausbildung in der Sowjetunion erwarben und nun im reifen Mannesalter auf eine nicht alltägliche wissenschaftliche und politische Karriere zurückblicken können.

Dass er dereinst zu den profiliertesten Gelehrten der Karl-Marx-Universität gehören sollte, hatte ihm niemand an der Wiege gesungen.

In seiner 1962 verteidigten Doktordissertation versucht der wissenschaftliche Eleve nicht ohne Erfolg das ökonomische Denken Lenins für die Analyse moderner kapitalistischer Entwicklung fruchtbar zu machen. Die 1968 verteidigte Habilitationsschrift ist einer Kardinalfrage sozialistischer Wirtschaftstheorie und -praxis gewidmet und konnotiert das Verhältnis von gesellschaftlich notwendigem Arbeitsaufwand und Preisbildung in der industriellen Konsumgüterproduktion.

Im Fokus eines auf Erkenntnisgewinn für Wirtschaftstheorie und ökonomische Praxis gerichteten Forscherlebens standen Warenproduktion und Ware-Geld-Beziehungen. Ihr waren gewichtige, mehrmals aufgelegte Werke gewidmet, von denen einige in Koautorschaft mit Jürgen Becher

und Walfried Schließer, entstanden sind. Unser Jubilar leitete das Autorenkollektiv für das Lehrbuch »Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus« für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, dessen 15. Auflage 1989 erschienen ist, und hat bedeutende Werke sowjetischer Ökonomen übersetzt, denken sie Beispielsweise an Nikolaj Kolesov, Sergej Tjulpanov und unseren leider so früh verstorbenen gemeinsamen Freund und Kollegen Witali Wygodskij. Mit seinem Berliner Kollegen Rolf Sieber verfasste Horst Richter außerdem eine seinerzeit vielbeachtete Untersuchung zur »Herausbildung der marxistischen politischen Ökonomie«. Für einen, wenn nicht überhaupt seinen schönsten und wirkungsmächtigsten Text halte ich allerdings den am 11. Mai 1978 im Festsaal des Alten Rathauses vor großem Publikum gehaltenen Karl-Marx-Vortrag »120 Jahre Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«. Auch im Angesicht des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen der DDR im Auditorium bot er kaum Zugeständnisse an Zeitgeist und allgegenwärtige Heiligenverehrung, sondern stattdessen philologische Expertise und verblüffende Hermeneutik.

Wie viele Anwesende, das können Sie daraus ersehen, so habe auch ich die ungewöhnliche Vita unseres Jubilars, mitunter aus nicht allzu weiter Ferne, mit stiller Bewunderung und Dankbarkeit, auch für reichlich erfahrene Ermutigung und Förderung, beobachtet.

Nun sollte man meinen, solcherart Nähe blende, trübe das Wahrnehmungsvermögen; ohnehin gilt ja der Zeitzeuge – und dies durchaus nicht immer zu unrecht – als ein besonders grimmiger Feind der geschichtlichen Wahrheit.

Dessen ungeachtet sollten der 80. Geburtstag und das goldene Doktorjubiläum allerdings ein willkommener Anlass für eine wissenschaftsgeschichtliche Zwischenbilanz sein.

Lieber Horst bevor Du damit beginnst, möchte ich Dich und Deine liebe Renate nochmals ganz herzlich in der alten wissenschaftlichen Heimat begrüßen und meinem Studienfreund Klaus Kinner das Wort erteilen.

Es ist mir ein Bedürfnis, mich den Glückwünschen meines Freundes Manfred Neuhaus anzuschließen. Wie er, lernte ich Horst Richter vor nunmehr fast vierzig Jahren in seiner Funktion als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung an der Karl-Marx-Universität kennen.

Als junger, frisch promovierter Nachwuchswissenschaftler sollte ich mir, nach Ratschluss der Parteiobrigkeit, zunächst die akademischen Flausen als Sekretär der FDJ-Kreisleitung an der Universität austreiben lassen.

Ich hatte das Glück, mit Horst Richter und Dietmar Keller auf Funktionsträger zu stoßen, für die auch im Parteiapparat die Wissenschaft im Zentrum ihrer Bemühungen stand.

Das war keineswegs selbstverständlich. Dietmar Keller beschreibt das in seinen jüngst erschienenen Erinnerungen.

Allerdings war die Ablösung des damaligen 1. Sekretärs Dordan durch Horst Richter weit mehr als der Nebensatz bei Dietmar Keller einen unkundigen Leser vermuten lassen würde. Einen Wissenschaftler und ordentlichen Professor an die Spitze der Kreisorganisation einer der bedeutendsten Universitäten des Landes zu stellen, das widersprach der Regel des Einsatzes eines »Parteiarbeiters« in einer solchen Position.

Es sollen hier keine Widerstandslegenden gesponnen werden. Aber legitim ist wohl die Feststellung, dass unter Horst Richters Leitung ein wissenschaftsnäherer Kurs durchgesetzt wurde als vordem.

Genauer konnte ich das beurteilen, als ich nach vier Jahren Habilitationsaspirantur in Berlin von Horst Richter an das Franz-Mehring-Institut (FMI) der Karl-Marx-Universität geholt wurde, das er inzwischen als Direktor leitete. Als Parteisekretär, Stellvertretender Direktor für Forschung und Wissenschaftsbereichsleiter konnte ich diesen Prozess von 1978 bis zur Auflösung des Instituts begleiten.

Als zentrales Weiterbildungsinstitut des Ministeriums für Hoch- und Fachschulbildung gewann das FMI eine spezifische Stellung innerhalb des Wissenschaftsbetriebes der DDR.

Es war in hohem Maße Horst Richters Verdienst, dass – noch im Rahmen des orthodoxen marxistisch-leninistischen Theorieverständnisses – Freiräume vor allem in der Lehre und in den wissenschaftlichen Debatten geschaffen wurden, die Horizonte der internationalen Theorieentwicklung öffneten.

Es war vor allem seiner Autorität zu danken, dass diese Freiräume zunehmend genutzt werden konnten. Dass dies zu wenig und zu inkonsequent geschah, muss jede Wissenschaftlerin, jeder Wissenschaftler als seine Mitschuld am Scheitern des Sozialismusversuches bewältigen.

Es war aber auch der – bei aller Begrenztheit – kreativen Atmosphäre zu danken, dass nach 1989/90 ein überproportionaler Anteil von Wissen-

schaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Umfeld der Karl-Marx-Universität ihre linken Positionen bewahrten, sie kritisch hinterfragten und nach Wegen in die Zukunft suchten.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen war und ist Ausdruck und Form dieses Bemühens.

Biographisches

- Geboren am 26.12.1931 in Langenchursdorf /Sachsen in einer kinderreichen Arbeiterfamilie
- Von 1938 bis 1956 Besuch der Volksschule
- Ab Herbst 1946 Lehre als Maschinenschlosser im VEB Spinnstoffwerk Glauchau, Abschluss als Facharbeiter im Frühjahr 1949
- Herbst 1949 Delegierung an die Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) der Technischen Hochschule Dresden mit dem Ziel eines Maschinenbaustudiums, Abschluss und Studienbeginn 1951
- Herbst 1951 Delegierung zum Studium in die Sowjetunion. Auf Beschluss des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen Immatrikulation an die ökonomische Fakultät der Lomonossow-Universität in Moskau, Abschluss im Sommer 1956 als Diplomökonom mit Auszeichnung
- Ab Herbst 1956 Lehrtätigkeit an der Karl-Marx-Universität Leipzig
- 1961 Promotion zum Dr. rer. oec. zur Thematik Lenins Auseinandersetzung mit der revisionistischen Entstellung der Marx'schen Politischen Ökonomie mit dem Prädikat »summa cum laude«
- 1968 Habilitation zum Thema »Bestimmung des Arbeitsaufwandes für die Preisbildung industrieller Konsumgüter«
- Herbst 1969 Berufung zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Karl-Marx-Universität Leipzig

- Neben der Lehrtätigkeit im Fach Politische Ökonomie des Sozialismus Forschung und Publikationstätigkeit mit den Schwerpunkten Wert- und Preistheorie sowie der Methodologie der Marx'schen ökonomischen Theorie. Verantwortlicher Herausgeber des Hochschullehrbuchs »Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus« in 14 Auflagen
- Enge wissenschaftliche Kooperationsbeziehungen zu den ökonomischen Fakultäten der Universitäten in Moskau, Leningrad, Kiew und Sofia. Gastprofessur an den Universitäten in Havanna und Hanoi
- Betreuung von ca. 30 Doktoranden
- April 1972 bis März 1976 1. Sekretär der SED-Kreisleitung der Karl-Marx-Universität Leipzig
- 1976 bis 1991 Direktor des Franz-Mehring-Institutes der Karl-Marx-Universität Leipzig
- 1992 Abwicklung als Hochschullehrer
- 1991 Gründungsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Publikationen (Auswahl)

Witali Solomonowitsch Wygodski: Die Geschichte einer großen Entdeckung: über die Entstehung des Werkes »Das Kapital« von Karl Marx. Übers. aus d. Russ. Horst Friedrich und Horst Richter. Berlin 1967.

Die Entstehung der Politischen Ökonomie in den Werken von Karl Marx (mit Rolf Sieber). Berlin 1968.

Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus: Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium (Hrsg.). Berlin 1974 (14 Auflagen).

Der Industriebetrieb in der sozialistischen Volkswirtschaft (mit Nikolaj Dmitriewich Kolesov und Horst Stein). Berlin 1974 (2 Auflagen).

Die Warenproduktion im Sozialismus (mit Waldfried Schließer). Berlin 1977 (4 Auflagen).

Theoretische und methodologische Probleme der Politischen Ökonomie (mit Peter Hofmann, Horst Sieber und S. I. Tjulpanow). Berlin 1979.

120 Jahre »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«. Karl-Marx-Vortrag gehalten am 11. Mai 1978 im Festsaal des Alten Rathauses. Leipzig 1979.

Ware-Geld-Beziehungen und Kombinate (Leiter des Autorenkollektivs). Berlin 1983.

Planmäßigkeit und Ware-Geld-Beziehungen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (mit Jürgen Becher). Berlin 1986.

Lehrmethodik Politische Ökonomie (Hrsg.). Berlin 1988.

Musste die Perestroika scheitern? Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
Leipzig 2009.